



Gorleben Rundschau



Ausstieg

Auch nach dem Atomausstieg im Jahr 2022 sollen nach dem Willen der Politik zwei Anlagen weiterlaufen: Gronau und Lingen. Das zu ändern regt sich nun massenhaft Protest.

Umstieg

Die Endlagerkommission als Auftakt der „neuen“ Endlager-suche ist Geschichte, die folgen-den Schritte noch Zukunft. Ein guter Zeitpunkt, zu erklären, wie das Verfahren weitergeht.

Einstieg

Im Februar jährt sich die Ben-nennung Gorlebens als Stand-ort für ein Nukleares Entsor-gungs-Zentrum zum 40. Mal. Die GR beginnt jetzt schon ihre Serie „40 Jahre '77“.

Gegen Lingen und Gronau

Seit der erste Atomreaktor ans Netz gegangen ist, kämpft die Anti-Atom-Bewegung. Wir wollen den Atomausstieg, weil Atomenergie, und damit alle Stufen der nuklearen Kette, das Leben und die Gesundheit von uns Menschen gefährdet.

Zwei Atomanlagen aber wurden vom deutschen Atomausstieg bisher ausgespart: Die Urananreicherungsanlage (UAA) in Gronau und die Brennelementefabrik in Lingen. Mit den Pannen und den Protesten gegen die Uralt-Reaktoren in Belgien und Frankreich gerieten die beiden deutschen Anlagen wieder stärker in den Blickpunkt von Öffentlichkeit und Politik.

Doch das Bundesumweltministerium verhält sich in höchsten Maße widersprüchlich: Einerseits äußert Umweltministerin Hendricks gravierende Sicherheitsbedenken bezüglich der grenznahen Atomkraftwerke und fordert die Stilllegung, andererseits seien ihr aus rechtlichen Gründen die Hände gebunden.

Dem widerspricht jedoch ein Rechtsgutachten, das die atomkraftkritische Ärzteorganisation IPPNW kürzlich vorgestellt hat. Darin heißt es, dass die Ausfuhr von Brennelementen aus Lingen in die maroden Atomkraftwerke Doel, Cattenom und Fessenheim mit deutschem Recht nicht vereinbar sei und untersagt werden müsse. Dies wäre ein erster Schritt in Richtung Atomausstieg für die Brennelementefabrik in Lingen.

Auch gegen die UAA in Gronau konnte unser Druck ein Stückchen Bewegung bringen: Das Bundesumweltministerium hat erste Gespräche mit der Atomaufsicht in NRW geführt.

Doch das allein reicht nicht. Kraftvolle Proteste auf der Straße an den Atomstandorten Lingen und Gronau sind notwendig. Die Demo am 29. Oktober war ein guter Anfang zu sagen: Wer es mit Atomausstieg und Schutz vor ausländischen Schrott-AKW ernst meint, muss auch die Brennelementeproduktion und die Urananreicherung stoppen!

Dr. med. Angelika Claußen
IPPNW





**Martin Donat,
Vorsitzender der
BI Lüchow-
Dannenberg**

In einer Bürgerinitiative geht es manchmal auch nicht anders zu, als in einer Familie; oder, um ein Bild für diejenigen zu wählen, denen ein Familienmodell zu eng ist: in Patchwork-Familien oder Wohngemeinschaften. Es sind (glücklicherweise) nicht immer alle einer Meinung. Und am Küchentisch können die Wogen auch schon mal hoch schlagen. Der Küchentisch der BI ist (neben der Mitgliederversammlung!) der Vorstandstisch im ersten Stock des Büros, und an diesem Tisch (danke, Gerhard!) und seinen vielen Vorgängern haben in 40 Jahren schon viele von uns gegessen, gelacht, geplant, diskutiert oder auch mal auf ihn draufgehauen. Manche sind mit großen Plänen angetreten und haben später genervt, desillusioniert das Handtuch geworfen, aber die überwiegende Mehrzahl ist hier gewachsen, hat sich geschärft, ist bisweilen über sich hinausgewachsen, hat Aufgaben

übernommen und Projekte angestoßen und durchgezogen, hat sich Respekt und Wertschätzung erworben und immer auch einige Lebenszeit investiert. Und niemals war das Ziel strittig, höchstens der Weg dorthin ...

Obwohl die vierzehntäglichen Sitzungen donnerstags prinzipiell offen sind, kommen nur äußerst selten Mitglieder dazu. Überhaupt ist das eher der Fall, wenn jemand unzufrieden ist, empört oder wütend. Und das kommt glücklicherweise sehr selten vor. Trotzdem hing bisweilen ein Vorwurf der „Elite“ oder des „Exklusiven“ im Raum. Das ist kein Wunder, denn große Teile der BI sind aus selbstorganisiertem und autonomen Handeln entstanden, dem Vereins- und ähnliche Strukturen grundsätzlich verzichtbar sind. Die Akzeptanz dieser Mitglieder muss sich jeder Vorstand immer wieder neu durch sein

konkretes Handeln erarbeiten.

Um sich also mit der wendländischen Basis – ob nun Mitglieder oder nicht – zu beraten, gibt es traditionell den „Ratschlag“. In den Zeiten der „Endlagerkommission“ konnten wir mit unseren Aufrufen aber manchmal nur zwei Dutzend Aktivist/-innen hinter dem Ofen hervorlocken. Zu weit entfernt von der Atommüll-Wirklichkeit waren die von den Berliner Lobbyisten gesetzten Themen. In jüngster Zeit mehrten sich aber die Aufrufe von innen und außen, es bräuchte mal wieder Ratschläge. Und noch besser klingt es neuerdings wieder in unseren Ohren: Wir müssen mal wieder was machen ... Jetzt, wo der Jahrestag der Standortbenennung sich nähert, freut uns das besonders und sind wir hellwach! Und der Winter ist eine gute Zeit, um Pläne zu schmieden und sich mal wieder näher zu kommen. Also: Wat mutt, dat mutt! Und: Was lange währt, wird endlich gut.

Impressum

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V., Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de

Redaktion: Andreas Conradt (ac), Torsten Koopmann (kp) (beide verantwortlich, Adresse wie vor), Jan Becker (jb), Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh), Torben Klages (tk), Rebecca Harms (rh)

Gestaltung: Andreas Conradt



Druck: dieUmwelt Druckerei GmbH
Lohweg 1, 30559 Hannover
Auflage: 5100, gedruckt auf
Recyclingpapier Circle Matt White

Weitere Infos, Leserbrief und Feedback auf der Website:
www.gorleben-rundschau.de



Gorleben Archiv Unsere Geschichte

Es ist der 8. Februar 1979, als 115 Trecker und Mähdrescher die Teilnehmer des Bundesausschusses für Forschung und Technologie in Gartow empfangen. Das Thema: Informationspolitik zu Gorleben. Die Veranstaltung beginnt mit der Überreichung einer Resolution des Gartower Landvolk-Bezirksvorsitzenden Horst Schulz an den Vorsitzenden des Ausschusses und CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Albert Probst und mit einem Fragenkatalog, ausgehändigt von Marianne Fritzen. Probst stellt schon bald fest, dass der Dialog zwischen den örtlichen Gemeinden, dem Bund und Land verbesserungsbedürftig sei. Ja, die Informationspolitik. Sie muss verstärkt werden.

Nach stundenlangem Schwätzen beklagt der Schriftsteller Nicolas Born die Verquickung von Politik und Atomlobby. Und ein junger Landwirt aus Teichlosen erklärt: „Wir sind auf die Straße gegangen, weil wir Angst haben. Aber so wie ich Sie habe reden hören, machen Sie mir noch mehr Angst!“

Reinhard Ueberhorst nannte das Gespräch eine Ouvertüre für einen längeren Dialog, in dem gemeinsam ein Modell zur Lösung der Probleme gefunden werden soll.

Und nun, 38 Jahre später? Die Ouvertüre läuft immer noch! Als die Mitglieder des Bundestagsausschusses am Nachmittag wieder in ihren Hubschraubern nach Bonn sitzen, kommentiert die Bürgerinitiative das Treffen: „Unerträglich ist die Unklarheit und Unsicherheit, mit der wir hier seit zwei Jahren zu leben haben!“

Klar ist aber die Reaktion des wendländischen Widerstands vier Wochen später: „Albrecht wir kommen“, lautet das Motto des Trecks nach Hannover! (bh)

Tihange Fußball für unser Leben

Trotz deutlicher Risse im Reaktorblock, ist das belgische AKW Tihange 2 noch immer am Netz. In jüngster Zeit kam es zu diversen Pannen. Fußball-Regionalligist Alemannia Aachen ruft deshalb zu „Stop Tihange!“ auf. Das Heimspiel am 12. November gegen die U21 des 1. FC Köln steht ganz unter diesem Motto. Der Sportverein teilt die Sorgen der Bevölkerung und möchte mit dieser Aktion ein deutliches Zei-

chen senden. „Wir werden an diesem Tag mit einem Sondertrikot spielen, das unsere Haltung zum Thema Tihange eindeutig widerspiegelt“, kündigt Alemannia-Geschäftsführer Timo Skrzypski an. „Wir würden uns freuen, wenn alle Stadionbesucher ebenfalls Flagge zeigen.“ Die Alemannia wird dazu ein Sondershirt auflegen, das im Fanshop angeboten wird. Die Erlöse aus dem Ticketverkauf werden an die Initiative „Stop Tihange“ gespendet. (pm)



Anti-Atom-Oper Spinnen gegen Atom

Mitte September wurde im Stadttheater Winterthur (Schweiz) eine Anti-Atom-Oper aufgeführt. Mit Peter Roths „Spinnen“ sollen „festgefahrene Positionen zum Thema Atomenergie aufgebrochen und neue Sichtwei-



sen ermöglicht werden“, heißt es in einer Pressemitteilung. In der Nähe könnte einst das Schweizer Endlager für radioaktive Abfälle gebaut werden, dann würden Züge mit dem Atommüll mitten durch Winterthur rollen. Der Toggenburger Komponist Roth bedient sich in seiner Oper der Novelle „Die schwarze Spinne“ von Jeremias Gotthelf. Mit ihr thematisiert er die Risiken der Atomenergie und der radioaktiven Abfälle. Was bei Gotthelf die mehr schlecht als recht weggesperrte, todbringende Spinne ist, steht bei Roth für den strahlenden Atommüll. (pm)

Endlagerkommission Das Gesetz dauert noch

Das Bundesumweltministerium (BMUB) hat begonnen, die Empfehlungen der Endlagerkommission in Gesetzesform zu bringen. Die Umsetzung gestaltet sich jedoch komplex, so dass selbst eine intern abgestimmte Version derzeit noch nicht vorliegt. Nach deren Erstellung folgt die Ressortabstimmung. Das BMUB plant, alle von der Kommission angesprochenen Aspekte, also auch Exportverbot und Veränderungssperre, in einem Gesamtgesetzespaket zu bündeln. Ziel ist, den Gesetzesentwurf noch in diesem Jahr ins parlamentarische Verfahren zu bringen. Mit einem Abschluss ist nicht vor März zu rechnen. (gr)

Kulturelle Landpartie I Rundschau goes KLP

Die Redaktion der „Gorleben Rundschau“ (GR) wird während der „Kulturellen Landpartie“ (25. Mai bis 6. Juni) an einem neuen Wunde.r.punkt in Neu Darchau Ausstellungen zum Thema „40 Jahre Gorleben“ zeigen. Das Erscheinungsbild soll sich am Layout der GR orientieren. (gr)

Gorleben Plan verlängert, aber ...

Das Niedersächsische Landesamt für Bergbau, Energie und Geologie (LBEG) hat auf Antrag des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS) einen verlängerten Hauptbetriebsplan für das Bergwerk Gorleben bis zum 31. Dezember 2017 zugelassen. Der Plan regelt die Arbeiten zum Übergang in den so genannten Offenhaltungsbetrieb. Bis Ende 2017 müssen über- und untertägig alle Rückbauarbeiten abgeschlossen sein. Damit wird in Gorleben der gesamte Erkundungsbereich außer Betrieb genommen und alle dazugehörigen Anlagen und Systeme werden entfernt. Die Übergangsarbeiten in den reinen Offenhaltungsbetrieb laufen bereits seit dem vergangenen Jahr. In dem jetzt noch verbleibenden Restzeitraum des Übergangs fallen der Rückbau der technischen Sicherungsanlagen auf den Standard einer normalen Industrieanlage sowie der Abriss weiterer Anlagen und Einrichtungen. (pm)



Medien I 10 Jahre Graswurzel.tv

Wendland, November 2006: Die Berichterstattung zu den Castortransporten ist schwach und Youtube gerade erst erfunden. Drei kamerabegeisterte Freunde aus Lüneburg ärgern sich, wie einseitig von den herkömmlichen Medien und im Internet über die Proteste rund um Gorleben berichtet wird und entscheiden sich, selbst aktiv zu werden – die Geburtsstunde von graswurzel.tv. Zehn Jahre später sind mehr als 200 kurze Dokumentarfilme über Protest und Widerstand auf der eigenen Internetseite veröffentlicht, die Gruppe gewachsen. Ein gemeinsätzlicher Verein lenkt die Geschichte, organisiert Workshops und Screenings, und zwei internatio-

Umweltpolitik 30 Jahre BMUB

Im September feierte das Bundesumweltministerium (BMUB) 30-jähriges Bestehen. Das „Festival der Zukunft“ stand unter dem Motto „Umweltpolitik 3.0.“ Organisationen, Verbände und Initiativen aus dem In- und Ausland präsentieren ihre Themen und Ideen für die Umweltpolitik der Zukunft: von Naturschutz, Landwirtschaft und Ernährung bis hin zu Klimaschutz, Globalisierung und Nachhaltigkeit im Sport. Mit dabei war auch die BI Lüchow-Dannenberg, nicht ohne auf einem Banner darauf hinzuweisen, dass es sie schon zehn Jahre länger gibt als das BMUB. Bei dessen Besuch am BI-Stand hatten Kerstin Rudek und Günter Hermeyer vom Vorstand Gelegenheit, den Sprecher der Umweltministerin, Michael Schroeren, zu den Schließungsplänen für die Uranfabrik in Lingen zu befragen. Rudek: „Ohne den Druck von der Straße wird hier so schnell gar nichts passieren.“ (pm, gr)

nale Dokumentar-Langfilme sind entstanden. Nach wie vor berichtet graswurzel.tv unabhängig über Demos und Aktionen zu unterschiedlichen Themen und gibt auch denen eine Stimme, die sonst vielleicht nicht gehört würden. (pm)

Medien II 10 Jahre PubliXviewinG

Dannenberg, November 2006: In mehreren Schaufenstern der Stadt stehen Computer- und TV-Monitore, die Bilder von den Protesten des aktuell laufenden Castortransports zeigen. Die Idee: „Public is viewing!“ Was vor zehn Jahren noch als eigene Protestform begann, hat sich inzwischen zu einer Bildagentur für die Anti-Atom-Bewegung gewandelt. (ac)

„
Unser Plannet stößt an die Grenzen seiner Belastbarkeit. Ein einfaches „Weiter so“ kann es nicht geben.

Es ist Zeit für eine neue, gestärkte Umweltpolitik.

Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD)

BI-Büro Aktion und Politik

„TTIP und CETA – nicht heute, nicht späta!“ skandierten die Trommler/-innen der Gruppe „Xamba“ aus dem Wendland durch die Hamburger Mönckeburgstraße. Fast 100 Menschen folgten dem Aufruf zur gemeinsamen Zugreise nach Hamburg und stachen mit ihren Wendlandfahnen hier und dort aus der Masse heraus. Die gemächlich dahinrollende Bummelbahn aus dem Wendland in Richtung Lüneburg eröffnete einigen dabei völlig neue Perspektiven: Der Komfort in einer Bahn übersteigt die Platzwahl direkt auf dem Gleis um ein Vielfaches ...

Am Wochenende drauf fand die Atommüllkonferenz in Göttingen statt, dieses Mal erweitert um ein Koordinierungstreffen anstehender Castor Transporte. Die Konferenz ist die bundesweite Plattform für den Austausch über aktuelle Atommüllpolitik. Egal ob Rückbau, Zwischenlagerung oder Standortsuchprozesse, hier wird um Positionen gerungen und werden akute Problemstellungen diskutiert. Ironischerweise nehmen dabei die aktuellen Themen immer mehr Zeit in Anspruch, obgleich in der öffentlichen Wahrnehmung der sogenannte Atomausstieg die Massen offenkundig zur Ruhe kommen lässt. Apropos „Atomausstieg“: Ende Oktober versammelten sich viele Aktive in Lingen. Unter dem Motto „Atomkraft jetzt den Saft abdrehen!“ wurde nachdrücklich darauf gedrängt, die unbefristet laufenden Anlagen in Lingen und Gronau sofort zu schließen. Im Zuge der Mobilisierung zur Demo durften wir unter anderem Alexander Tetsch mit seinem neuen Vortrag „Was Sie schon immer über das Atom wissen wollten, aber bisher nicht zu fragen wagten“ wieder im Wendland begrüßen. (tk)

Treffen am Schwarzbau Nostalgie und Ausblick

Die BI Lüchow-Dannenberg gibt bekannt: „Wir möchten uns am Freitag, dem 11. November am Abend mit Euch an der Beluga treffen. Feuertonnen, Lagerfeuer, Grill ... Ein bisschen Nostalgie, einige Infos zu den Fasstransporten und den lädierten TN-85-Behältern und der Aussicht darauf, dass 2017 wieder Castoren rollen, wenn auch nicht ins Wendland.“ Ort: Atomanlagen Gorleben, Beginn: 18 Uhr (gr)

Castor TN 85 Für immer in Gorleben?

Besonders eilig scheint es das niedersächsische Umweltministerium nicht zu haben. Im August hatte die BI Lüchow-Dannenberg angefragt, welche Auswirkungen sich für die neun Behälter der Baureihe TN 85 ergeben, die aus der WAA La Hague ins Zwischenlager Gorleben transportiert und bei denen später Mängel in der Dokumentation der Fertigung nachgewiesen wurden (GR berichtete). „Wir haben jetzt nachgehakt und die Frage dahingehend zugespitzt, ob es für die Behälter Probleme bei einer verkehrsrechtlichen Zulassung geben kann“, so die BI. Wenn ja, stünden die TN 85 womöglich in Gorleben, ohne dass sie jemals wieder abtransportiert werden können. (we)



Kulturelle Landpartie II Widerstands Partie

Die eintägige „Widerstands Partie“ wird auch während der kulturellen Landpartie Ende Mai nächsten Jahres wieder stattfinden – dann bereits zum dritten Mal. Am Freitag vor Pfingsten wird es an den Atomanlagen bei Gorleben erneut ein buntes Fest geben. Der Charakter der Veranstaltung soll in den Grundzügen unverändert bleiben gegenüber den Vorjahren. (gr)

Nazi-Vergangenheit „Traditionslinien“ der BGR

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) ist einer der wichtigsten Beratungs- und Forschungsdienste der Bundesregierung, sie untersteht dem Wirtschaftsministerium. Doch ihr Ansehen ist inzwischen schwer geschädigt (GR berichtete). Recherchen der ARD und des Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel (Linke) belegen nun, dass die Präsidenten der BGR Alfred Benztz, Hans-Joachim Martini und Gerhard Richter-Bernburg in der Nazi-Zeit bei der Ausbeutung von Rohstoffen besetzter Gebiete eine gewichtige Rolle gespielt haben. Martini und Richter-Bernburg sowie der ehemalige Leiter der Auslandsabteilung der BGR, der Lagerstättenkundler Alfred Cissarz, waren in die Aktivitäten des Reichsamtes für Bodenforschung während des Dritten Reichs verstrickt. Die Antwort auf die Anfrage der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) zu dieser Traditionslinie blieb der BGR-Sprecher Andreas Beuge vor wenigen Wochen noch schuldig. Inzwischen ist der öffentliche Druck aber so groß, dass die BGR die Hinwei-



se auf ihrer Homepage zu ihren braunen Ex-Präsidenten gelöscht hat und stattdessen schreibt: „Die systematische geschichtliche Untersuchung und wissenschaftliche Aufarbeitung der BGR und ihrer Vorläufereinrichtungen steht noch aus.“ Die BI aber fordert, es müsse geklärt werden, welche Rolle die Genannten bei der so genannten „Salzlinie“ gehabt haben, wie die BGR-Position spöttisch genannt

wird, wenn es um das Wirtsgestein bei der Atommüllendlagerung geht. Martini und Richter-Bernburg hatten die Atommülllagerung im ehemaligen Salzbergwerk Asse II befürwortet, das geht aus dem Parlamentarischen Untersuchungsausschuss zum Asse-Dilemma hervor und wird auch von Beuge nicht bestritten. Jahrelang hatte die BGR auch an geologischen Expertisen gearbeitet, die die Eignungshöflichkeit des Salzstocks Gorleben als nukleares Endlager belegen sollten. Diese Arbeit gipfelte in einer Eignungsaussage. Die BI fordert nicht nur die Aufarbeitung der BGR-Geschichte, sondern auch „die gebotene kritische Distanz zur Salzlinie und den Widerruf derartiger Aussagen.“ (we)

Petition Haftpflicht für AKW

Drei Jahre nach Übergabe von rund 15000 Unterschriften für eine angemessene Haftpflichtversicherung für Atomkraftwerke in Europa startet die Initiative „atomstopp_oberoesterreich“ erneut eine Petition an das Europäische Parlament. „Es ist völlig unverständlich, dass sich die Europäische Kommission drei Jahrzehnte nach Tschernobyl und fünf Jahre nach Fukushima immer noch nicht zu einer angemessenen Haftpflichtversicherung für alle Reaktoren

in der EU durchbringen kann. Dabei ist die Notwendigkeit jedem klar, auch der Kommission. Aber offensichtlich ist sie nicht in der Lage, diese Überzeugung gegenüber der Atomlobby durchzusetzen! Das ist äußerst fahrlässig!“, kommentieren Gabriele Schweiger und Roland Egger von „atomstopp_oberoesterreich“. „Alle, die das auch so sehen, sind herzlich zur Mitunterzeichnung eingeladen!“ Mit nur wenigen Klicks kann die Petition noch bis Ende Februar auf www.atomstopp.at unterzeichnet werden! (pm)

Brexit Hinkley Point nun doch?!

Als die neue britische Ministerpräsidentin Theresa May nach der Entscheidung der Briten, die EU zu verlassen, eine Überprüfung des Atomneubauprojektes Hinkley Point forderte, schien sich eine Möglichkeit zu eröffnen, sich von diesem Projekt zu verabschieden.

Denn wie könnten die exorbitant hohen Kosten und das zweifelhafte Reaktordesign, das bislang schon in Finnland und Frankreich nur für extreme Kostensteigerungen und Projektverzögerungen gesorgt hat, einer Überprüfung standhalten?

Auch im französischen Staatskonzern EDF, der zwei Drittel der Projektkosten tragen wird, gab es erhebliche Zweifel. Viele dort waren nicht von der Wirtschaftlichkeit des Projekts überzeugt. So trat der Finanzdirektor des Konzerns zurück, weil er die Investition für zu riskant hielt. Auch die ansonsten sehr atomfreundlichen Gewerkschaften rebellierten gegen das Projekt, weil sie viele Jobs in Gefahr sahen. Letztlich entschied man sich dennoch für das Projekt.

Auch die britische Premierministerin gab nach einigen Wochen Prüfung grünes Licht für das umstrittene Projekt. Die Höhe der notwendigen Subventionen war offenbar nicht Teil der Untersuchung. Einzig die Frage, ob es gefährlich sei, einer chinesischen Firma einen Anteil von einem

Drittel an einem so wichtigen britischen Infrastrukturprojekt zu überlassen, war strittig.

Trotz dieser für viele überraschenden Wendung ist das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen. Österreich und Luxemburg klagen gegen die hohen Subventionen vor dem Europäischen Gerichtshof. Der Abnahmepreis von mehr als 90 Pfund pro Megawattstunde für den in Hinkley Point C produzierten Strom wird für 35 Jahre garantiert. Die Brexit-Entscheidung hat zunächst keine Auswirkung auf die Klage solange Großbritannien noch Mitglied der EU ist. Das wird mindestens noch für die nächsten zwei Jahre der Fall sein.

Sollten die Reaktoren also tatsächlich in Bau gehen, gibt es zwei Szenarien: Entweder bekommt EDF die gleichen Probleme wie bei den beiden anderen Reaktorprojekten, was dem Staatskonzern das Genick brechen könnte. Dafür müssten die französischen Steuerzahler aufkommen.

Oder es gelingt, die Reaktoren zu bauen, dann tragen die britischen Verbraucher die Rechnung indem sie 35 Jahre lang einen überhöhten Strompreis zahlen. In jedem Fall aber verhindert die Entscheidung den Einstieg in eine wirklich zukunftsfähige und nachhaltige Energiewirtschaft in Großbritannien und fesselt das Land in einem Energiesystem von gestern. (rh)

Die Entscheidung pro Hinkley Point fesselt Großbritannien in einem Energiesystem von gestern

IPPNW zum AKW-Rückbau Müll lieber da lassen

Die Atomindustrie möchte die deutschen Atomkraftwerke nach ihrer Stilllegung zurückbauen und den überwiegenden Teil der gering radioaktiven Abrissmaterialien unter anderem per „Freigabe“ in den konventionellen Stoffkreislauf übergeben. Diese Materialien würden auf regulären Mülldeponien entsorgt und recycelt werden. Die Bevölkerung würde damit in Berührung kommen.

Die Ärzteorganisation IPPNW hat angeregt, eine alternative Stilllegungsstrategie zu prüfen: Ein auf Dauer angelegter Einschluss des gering radioaktiven „Freigabe-Mülls“ nach der Entnahme der schwach-, mittel- und hochaktiven Stoffe. „Ein Gutachten belegt nun, dass dies machbar ist und die Strahlenbelastung der Bevölkerung reduzieren würde“, so IPPNW-Arzt Dr. Jörg Schmid.

Der Physiker und Atomexperte Wolfgang Neumann empfiehlt in seiner Stellungnahme die skizzierte IPPNW-Option „Stehenlassen nach Entkernung“. Er begründet diese Option „mit der nachhaltigen Verringerung des Radioaktivitätsinventars von rund 1017 Becquerel (Bq) auf weniger als 109 Bq mit Vorteilen beim Strahlenschutz und mit der Verringerung des Störfallrisikos.“ Der entscheidende Vorteil liege darin, dass die Strahlenbelastung der Bevölkerung aufgrund der nicht erfolgten Freigabe als geringer einzuschätzen sei als bei den bisher in der Bundesrepublik etablierten Stilllegungsstrategien. Alternativ umsetzbar wäre laut Gutachten eine Option „Vollständiger Rückbau mit Bunker“. Dabei würden alle beim kompletten Abbau des Atomkraftwerks angefallenen gering radioaktiven Materialien in ein neu am Standort zu errichtendes robustes Bauwerk eingebracht werden. „Bei beiden Optionen gäbe es keine unkontrollierte Verbreitung von Radionukliden in die Umwelt“, so IPPNW-Experte Henrik Paulitz. „Auch müsste nicht an Deponien, Verbrennungsanlagen, Metallschmelzen oder Schrotthändlern mit dem radioaktiven Material umgegangen werden.“ (pm)

Gorleben Archiv Udo L. wird Mitglied

Der Panikrocker Udo Lindenberg wird Mitglied im Gorleben Archiv. Der einfachen Willensbekundung (rechts) soll ein förmlicher Aufnahmeantrag folgen. Der Musiker thematisiert in seinen Texten häufig soziale und politische Missstände und engagiert sich immer wieder auch im Anti-Atom-Widerstand, zuletzt beim Hamburger Literaturfest „Lesen ohne Atomstrom“ und bei den Protesten gegen die Urananreicherungsanlage in seiner Heimatstadt Gronau. (gr)



Atomkraft



ATOMKRAFT JETZT DEN SAFT AB

URANFABRIK
SCHLIESSE

ft den Saft abdrehen

Atomausstieg Mit einer überregionalen Demonstration am Atomstandort Lingen haben Ende Oktober rund 700 Menschen ein deutliches Zeichen für die Notwendigkeit eines umfassenden und sofortigen Atomausstiegs gesetzt.



Die Demonstration stand unter dem Motto: „Atomkraftwerken den Saft abdrehen! Brennstoffversorgung aus Lingen und Gronau stoppen!“ Von der Bundesregierung sowie den Landesregierungen in Niedersachsen und NRW forderten die beteiligten Initiativen und Verbände unter anderem die sofortige Stilllegung der niedersächsischen Atomkraftwerke Lingen und Grohnde sowie der Brennelementefabrik Lingen (Niedersachsen) und der Urananreicherungsanlage Gronau (NRW).

Bei der Demonstration kamen neben Redner/-innen aus den Regionen Emsland, Münsterland und Wendland auch Mitglieder von Anti-Atomkraft-Organisationen aus Belgien und Frankreich zu Wort, die vom Brennelemente-Export aus Lingen besonders stark betroffen sind. Den weitesten Weg hatte ein Kundgebungsredner aus Russland.

» **„Uranfabriken stilllegen!“**

Mit ihrem Protest hat die Anti-Atomkraft-Bewegung die inter-

„
Uran-
anreiche-
rungsanlage
und Brenn-
elemente-
fabrik sind
noch vom
Atomaus-
stieg ausge-
nommen

nationale Bedeutung der Atomstandorte Lingen und Gronau, die beide nur rund 40 Kilometer voneinander entfernt sind, in den öffentlichen Fokus gerückt. Verknüpft werden beide Standorte durch gefährliche Atomtransporte. Die Urananreicherungsanlage in Gronau gehört zum Urenco-Konzern und produziert angereichertes Uran, das international in Brennelementefabriken und Atomkraftwerken zum Einsatz kommt.

In der Lingener Brennelementefabrik des französischen Atomkonzerns Areva werden Brennelemente für belgische und französische Schrottreaktoren hergestellt. Im Aufruf zur Teilnahme an der Demonstration hieß es: „Während die verbleibenden acht deutschen Atomkraftwerke bis Ende 2022 abgeschaltet werden sollen, bleibt die nukleare Infrastruktur unangetastet. Sowohl die Brennelementefabrik in Lingen als auch die Urananreicherungsanlage in Gronau verfügen weiterhin über eine unbefristete Betriebsgenehmigung. Beide Uranfabriken versorgen Atommeiler in aller Welt mit Brennstoff, so auch die besonders maroden Meiler Tihange,



Doel, Fessenheim und Cattenom.“ Die Anti-Atom-Bewegung drängt darauf, die Ausfuhr nuklearer Brennstoffe an die maroden AKW in Belgien und Frankreich sofort zu unterbinden. Dieser Exportstopp ist – laut einem Gutachten der IPPNW – rechtssicher möglich.

Sie fordert zudem, dass die Uranfabriken in Lingen und Gronau in den Atomausstieg einbezogen und sofort stillgelegt werden. Die Forderung nach Stilllegung der beiden Anlagen wird seit diesem Jahr auch von den Umweltministerinnen und Umweltministern aller Bundesländer erhoben.

» Unfall wäre verheerend

Der Trägerkreis, der die Demonstration organisiert hat, ist darüber erfreut, dass Ende Oktober besorgte Menschen auf die Straße gegangen sind. Die Gefahren, die von den Atomanlagen in Lingen und anderswo ausgehen, sind nicht auf einen Ort beschränkt. Eine Reaktorkatastrophe im Emsland, in Belgien oder Frankreich hätte in weiten Teilen Europas verheerende Konsequenzen. Dies verdeutlicht auch das in den letzten Tagen veröffentlichte Gutachten zu den möglichen Folgen eines Super-GAU's im belgischen AKW Tihange.

» Rechtsgutachten eindeutig

„Die Ausfuhr von Brennelementen aus Lingen in die maroden Atomkraftwerke Doel, Cattenom und Fessenheim ist mit deutschem Recht nicht vereinbar und muss untersagt werden.“ Zu diesem Ergebnis kam die Rechtsanwältin Cornelia Ziehm bereits im Juli in einem von der Ärzteorganisation IPPNW beauftragten Rechtsgutachten.

Und obwohl das Bundesumweltministerium gravierende Sicherheitsbedenken bezüglich der grenznahen Atomkraftwerke aufrechterhält und von den französischen und belgischen Behörden die Stilllegung dieser Kraftwerke fordert, behauptete die Behörde Anfang September in ihrer Antwort an die IPPNW, es sei aus rechtlichen Gründen nicht mög-





lich, einen Exportstopp für Brennelemente aus der Fabrik in Lingen zu verfügen. Das Ministerium begründete dies mit einem Passus aus dem Atomgesetz, der aus dem Jahre 1958 stammt. Dass das Ministerium auf ein Gesetz zurückgreift, mit dem seinerzeit die kommerzielle Nutzung der Atomenergie in Deutschland zugelassen und gefördert werden sollte, ist in Zeiten des gesetzlich festgelegten Atomausstiegs bemerkenswert.

Nach Auffassung des Bundesumweltministeriums könne die Ausfuhr von Kernbrennstoffen angeblich nur zum Schutz vor einer „missbräuchlichen Verwendung“ untersagt werden. Der vom Atomgesetz bezweckte umfassende Schutz vor dem „Freiwerden von Kernenergie“ ist aber zu Recht losgelöst von jeglicher Absicht und stellt allein auf den Akt des „Freiwerdens von Kernenergie“ als solchen ab. Das heißt, alle aus „der Anwendung und dem Freiwerden der Kernenergie“ resultierenden Risiken werden erfasst – „egal“, ob missbräuchlich oder nicht.

» Ministerin soll handeln

Diese Rechtsauffassung des Bundesumweltministeriums hat Ziehm in der nun vorliegenden Stellungnahme bewertet und in allen Punkten widerlegt (s. Interview Seite 12). Die IPPNW und die im Anti-Atom-Bündnis zusammen geschlossenen Bürgerinitiativen fordern Bundesumweltministerin Barbara Hendricks erneut auf, endlich zu handeln.

„Verweigern Sie Ihre Zustimmung zum Export der Brennelemente in die unsicheren grenznahen Kraftwerke! Das Leben und die Gesundheit von uns Bürgern hier in Deutschland und in Belgien und Frankreich muss Vorrang haben vor jeglichen unternehmerischen Interessen“, er-

klärte auch Dr. Angelika Claußen, ebenfalls von der IPPNW.

» Zweierlei Maß?

Cornelia Ziehm weist zudem auf einen anderen Fall von 2010 hin, bei dem der damalige Bundesumweltminister seine Zustimmung zu einem ihm vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle vorgelegten Antrag auf Ausfuhr bestrahlter Forschungsreaktor-Brennelemente nach Russland verweigerte. Zur Begründung führte er damals an, dass nach den Maßstäben des Atomgesetzes nicht von einer schadlosen Verwertung ausgegangen werden könne. Warum für die Ausfuhrgenehmigung für Brennelemente nach Doel, Fessenheim und Cattenom ein anderer Maßstab gelten soll, bleibt indes unklar ...

„Es ist höchste Zeit, dass die beiden vom Atomausstieg ausgenommenen Atomanlagen in Lingen und Gronau endlich in das Atomausstiegsgesetz der Bundesrepublik Deutschland integriert werden. Papier ist geduldig, doch die Menschen wollen nicht länger die Risiken der profitorientierten Konzerne tragen. Mit dem Betrieb von Urananlagen gehen Beugungen von Menschenrechten, insbesondere von indigenen Völkern, einher“, bewertete Kerstin Rudek von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg die Unentschlossenheit von Ministerin Hendricks. Rudek moderierte die Kundgebungen in Lingen souverän und mit viel Elan. Aus Lüchow-Dannenberg waren rund 30 Menschen mit dem Bus nach Lingen gefahren. „Die Anti-Atom-Bewegung muss zusammenstehen. So wie früher viele zu den Castortransporten ins Wendland gekommen sind, streiten wir jetzt an vielen Orten für den sofortigen Ausstieg aus der Atomkraft und das Ende der Atommüllproduktion.“

Ein Exportstopp nach Frankreich und Belgien ist rechtssicher möglich

Nach GAU-Gutachten Regierung soll handeln

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) und das Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen fordern nach der Veröffentlichung des Gutachtens zu den möglichen Folgen eines Super-GAUs im belgischen AKW Tihange von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD) den sofortigen Stopp des Exports von angereichertem Uran aus dem westfälischen Gronau sowie von Brennelementen aus dem emsländischen Lingen, die der Versorgung der belgischen Pannenreaktoren dienen.

Die Bundesregierung ist tief in den Betrieb der belgischen Pannenreaktoren in Tihange und Doel bei Antwerpen verstrickt. Mit Billigung des Bundesumweltministeriums beliefert der Gronauer Urananreicherer Urenco nach eigenen Angaben eine Tochter des belgischen AKW-Betreibers Electabel. Aus Lingen beliefert Areva nach der aktuellen Atomtransport-Liste des Bundesamtes für Strahlenschutz die ebenfalls sehr störanfälligen Atomreaktoren in Doel mit frischen Brennelementen. „Diese Exporte sind ein Unding. Sie ermöglichen den Pannenreaktoren zum Teil überhaupt erst den Weiterbetrieb. Spätestens im Lichte des neuen Gutachtens muss Hendricks die Reißleine ziehen und die Exporte stoppen. Wer diese hochgefährlichen AKWs wider besseren Wissens beliefert, ist bei Störfällen mitverantwortlich“, so Matthias Eickhoff vom Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen.

Der BBU und die Anti-Atomkraft-Initiativen fordern zudem von NRW und Niedersachsen, dass sie jetzt maximalen Druck auf die Bundesregierung und die Betreiber der beiden Atomanlagen in Gronau und Lingen ausüben, damit die Liefertransporte eingestellt werden. „Fünf Jahre nach Fukushima ist es dringend Zeit, dass auch die Urananreicherung und Brennelementeproduktion endlich beendet werden – denn ohne den Uranbrennstoff können die Pannenreaktoren nicht laufen“, so Udo Buchholz vom Bundesverband der Bürgerinitiativen.



„... in ho

» Frau Dr. Ziehm, herzlichen Dank, sie sind eine vielbeschäftigte Rechtsanwältin, schön, dass sie Zeit haben, ein kurzes Interview für die Gorleben Rundschau zu geben.

Sie haben ein Gutachten und aktuell eine Stellungnahme zu der Antwort des Bundesumweltministeriums (BMUB) auf dieses Gutachten erstellt. Worum geht es bei dieser Stellungnahme?

Dr. Ziehm: Die Stellungnahme setzt sich mit der Argumentation des Bundesumweltministeriums auseinander, wonach angeblich die Bundesregierung keine Handhabe habe, Exporte von Brennelementen aus der Fabrik in Linggen in Atomkraftwerke nach Belgien und Frankreich, insbesondere Doel, Cattenom und Fessenheim zu untersagen.

» In Ihrer Stellungnahme weisen Sie auch auf die Widersprüchlichkeit hin: Am 20. April 2016 hat Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die belgische Regierung ausdrücklich gebeten, den Block 3 des Atomkraftwerkes Doel vom Netz zu nehmen. Jetzt vertritt die Ministerin die Haltung, die Brennelementeexporte in die französischen Atomkraftwerke Fessenheim und Cattenom und ins belgische AKW Doel könnten aufgrund einer fehlenden belastbaren rechtlichen Grundlage nicht unterbunden werden. Was haben Ihre Recherchen ergeben?

Dr. Ziehm: Zum einen ist diese Argumentation in der Tat in hohem Maße widersprüchlich, die neusten Antworten der Bundes-

hem Maße widersprüchlich“

Dr. Cornelia Ziehm über das widersprüchliche Auftreten des Bundesumweltministeriums

Recht Das Bundesumweltministerium bemängelt die fehlende Sicherheit französischer und belgischer Atomkraftwerke, vertritt aber gleichzeitig die Auffassung, dass Lieferungen von Brennelementen aus Lingen nach Frankreich und Belgien nicht untersagt werden können. Dem widerspricht die Rechtsanwältin Dr. Cornelia Ziehm. **Kerstin Rudek** traf die rastlose Juristin zwischen zwei Terminen – in einem Taxi in Hannover.

regierung ergeben, das 2016 erstmals nach Doel 3 geliefert wurde, also exakt in das Atomkraftwerk und in den Block, von dem Frau Hendricks im April selbst noch die Stilllegung gefordert hatte. Aber unabhängig von dieser Widersprüchlichkeit ist auch rechtlich die Argumentation meines Erachtens nach nicht haltbar. Das Bundesumweltministerium verweist insbesondere auf die Gesetzesbegründung von 1958 für das Atomgesetz, und diese Begründung soll nach Auffassung des Bundesumweltministeriums darauf abstellen, dass angeblich nur eine missbräuchliche Verwendung von Kernbrennstoffen im Ausland untersagt werden könnte. Das ergibt sich aber tatsächlich gar nicht aus der damaligen Gesetzesbegründung.

» Wie bewerten Sie die Begründung des Ministeriums durch einen Passus aus dem Atomgesetz, der aus dem Jahr 1958 stammt, und dass das Ministerium hier auf ein Gesetz zurückgreift, mit dem seinerzeit die kommerzielle Nutzung der Atomkraft in Deutschland zugelassen und gefördert wurde?

Dr. Ziehm: Zum einen ist dieser Verweis des Bundesumweltministeriums auf das Gesetz von 1958 natürlich bemerkenswert, weil in Zeiten des Atomausstiegs eine andere Bewertung der Nutzung der Atomenergie zugrunde zu legen ist, als 1958. Vor allen Dingen aber hat bereits auch der Gesetzgeber von 1958 nicht allein auf eine missbräuchliche Verwendung von Kernbrennstoffen, die exportiert werden sollen, abgestellt,

sondern er hat vielmehr und ausdrücklich auch gesagt, dass es darauf ankommt, wie die Verwendung im Ausland erfolgt und dass diese „unter objektiven Anhaltspunkten“ nicht zu einer Gefährdung der Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland führen darf – unabhängig davon, ob das missbräuchlich erfolgt oder nicht. Von daher kommt es allein darauf an, ob Sicherheitsbedenken bestehen, die gegen eine Verwendung von Kernbrennstoffen aus Deutschland im Ausland sprechen.

» Unser Metier ist das Sichtbar machen solcher Widersprüche von Genehmigungsbehörden und Aufsichtsinstanzen von Atomanlagen und Atomtransporten. Dafür haben wir gerade erst in Lingen demonstriert.

Ihr Metier sind die Recherchen der rechtlichen Gegebenheiten und ihre Einordnung in den aktuellen gesellschaftlichen Kontext. Sehen Sie Möglichkeiten, bei weiterem Erteilen und Nichtzurücknahme von Exportgenehmigungen von Brennelementen in marode Atommeiler seitens des BMUB, rechtlich eine Klärung herbeizuführen? Immerhin geht es darum „Leben, Gesundheit und Sachgüter vor den Gefahren der Kernenergie und der schädlichen Wirkung ionisierenden Strahlen zu schützen“ und die „innere und äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ zu wahren? Die Zitate stammen aus dem Atomgesetz und aus Ihrer Stellungnahme. Gibt es Klagemöglichkeiten und wer könnte klagen?

Dr. Ziehm: Zuständig für die Er-



Bemerkenswert ist der Verweis auf ein Gesetz von 1958



teilung von Ausfurgenehmigungen ist das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle, und das untersteht in diesem speziellen Fall der Weisungsbefugnis des Bundesumweltministeriums. Wenn das BMUB weiter ein Handeln in dieser Sache ablehnt, müsste man in der Tat über ein Verfahren nachdenken. Nach einem entsprechenden Antrag an das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle wäre dann gegebenenfalls Klage zu erheben. Klagen könnte ein Anwohner oder eine Anwohnerin aus der mehr oder weniger unmittelbaren Umgebung eines Atomkraftwerkes in Frankreich oder Belgien, das mit Kernbrennelementen aus Lingen beliefert wird und erheblichen Sicherheitsbedenken der zuständigen staatlichen Stellen in Deutschland begegnet.

» Vielen Dank für das Interview.

2016

2019
2022

2020
2022

2023
?

2024
?

2031
2058

In Phase I werden Standorte für die über­­tägige Erkundung ausgewählt.

In Phase II werden Standorte für die unter­­tägige Erkundung ausgewählt.

In Phase III wird ein Standort mit der best­­möglichen Sicherheit ausgewählt.

32-köpfige
Kommission

Bericht

Phase I

Phase II

Phase III

Bestmöglicher
Standort für
Atomkraft

BUNDESTAGS-
ENTSCHEID

BUNDESTAGS-
ENTSCHEID

BUNDESTAGS-
ENTSCHEID

BUNDESTAGS-
ENTSCHEID

Phase Eins.Eins

Nach Abschluss der Kommission geht die Suche in die nächste Runde

Suchverfahren Über zwei Jahre waren Politik und Lobbyisten, aber auch Umweltverbände und Standortinitiativen mit der Arbeit der so genannten Endlagerkommission beschäftigt. Auch in der „Gorleben Rundschau“ wurde ausführlich über die Arbeit der Kommission und die Weigerung der Anti-Atom-Bewegung, darin mitzuarbeiten, berichtet. Im Sommer hat die Kommission schließlich ihren Abschlussbericht vorgelegt und damit die erste Phase der „neuen Endlagersuche“ eingeläutet. Welche weiteren Phasen und Schritte folgen, erklären unsere Autor/-innen in Wort und Bild.

2050
21??

möglicher
ndort
r ein
mülllager

Lackmustest für die Politik von Gabi Haas

Sandkastenspiele, Griff in die Trickkiste, fauler Kompromiss: Der Abschlussbericht der Endlagerkommission wurde von Umweltverbänden und Standortinitiativen fast einhellig verrissen. Akzeptanzbeschaffung statt Öffentlichkeitsbeteiligung, zahnloser Rechtsschutz, vage Auswahlkriterien, so lautete die Kritik an den Vorschlägen der Kommission, die das Standortsuchgesetz ja eigentlich verbessern sollten. Ein über sechshundert Seiten starkes Werk – gewogen und für zu leicht befunden. Wie soll man nun weiter damit verfahren?

Tatsächlich entpuppen sich die Kommissions-Empfehlungen in praktisch allen wichtigen Punkten als schwammig und schwach. So dehnbar und auslegbar, dass selbst der Gorlebener Salzstock mit seinen offensichtlichen Mängeln weiter im Rennen bleibt. Die Befürchtungen der Atomkritiker haben sich bestätigt: Dass dieser skandalumwitterte Standort nicht von vorneherein ausgeschlossen wurde, ist der Geburtsfehler des gesamten Verfahrens. So genannte K.O.-Kriterien, die Gorleben zwingend ausgeschlossen hätten, waren von Anfang an tabu. Einen echten Neustart bei der Standortsuche konnte es gar nicht geben. Punkt.

Und dennoch darf dieser Bericht nun nicht einfach in der Schublade verschwinden. Man erinnere sich nur an den AKEnd – eine Expertengruppe, die im Auftrag des früheren Umweltministers Trittin schon einmal Kriterien für eine neue Standortsuche entwickeln

Der
Kompromiss
enthält in
Detailfragen
auch Zuge-
ständnisse
an Gorleben-
Kritiker

sollte. Deren Ergebnisse wurden 2002 vorgelegt, aber nie umgesetzt. Gewiss, seit Fukushima hat sich die Stimmung im Land gedreht. Es ist kaum vorstellbar, dass die Politik die Vorschläge der Endlagerkommission wie damals vollständig ignoriert. Die Frage ist aber, was davon am Ende noch übrig bleibt.

Um es klarzustellen: Der Kompromiss, zu dem sich die Kommission buchstäblich in letzter Minute durchgerungen hat, enthält in Detailfragen auch einige Zugeständnisse an das Lager der Gorleben-Kritiker. Das ist in erster Linie der Hartnäckigkeit des niedersächsischen Umweltministers Stefan Wenzel zu verdanken. Es sind begrenzte Erfolge – in ihrer Wirkung zwar unbestimmt, aber dennoch Verbesserungen gegenüber dem Status quo.

Ein Beispiel: Erstmals seit 1995, seit der sogenannten Salzstudie der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR), wird in einem offiziellen Dokument ein „günstiger Aufbau des Deckgebirges“ wieder als Eignungskriterium für mögliche Endlagerstandorte gefordert. Allerdings nicht als Mindestkriterium, wie es im Sinne „bestmöglicher Sicherheit“ eigentlich selbstverständlich gewesen wäre. Weil über dem Gorlebener Salzstock bekanntlich kein intaktes Deckgebirge existiert, hat man diesen Aspekt den viel schwächeren Abwägungskriterien zugeschlagen und Gorleben damit im Spiel gehalten. Ein fragwürdiger Kompromiss. Aber immerhin wurden die Karten neu gemischt. Und, um im Bild zu bleiben, mit dem Deckgebirgskriterium haben die Gorleben-Gegner einen zusätzlichen Joker in



Ausgangslage: Weiße Landkarte (Der oft verwendete Begriff der weißen Landkarte dient als Modellbild, um zu verdeutlichen, dass es theoretisch keine Vorfestlegung auf einen Endlagerstandort gibt. Tatsächlich gibt es Regionen in Deutschland, die aufgrund ihrer geologischen Eigenschaften als geeigneter betrachtet werden als andere.)

Ziel: Identifikation von potentiell geeigneten Teilgebieten

Basis: Daten, die bei den geologischen Fachbehörden vorhanden sind



UNKLAR Für welchen Müll wird ein Lager gesucht? Soll auch der Atommüll aus der Asse und aus der Urananreicherung am gleichen Standort gelagert werden? Der BUND fordert Klarheit und will ein eigenes Suchverfahren für den weiteren Müll.



GORLEBEN Der BUND hat den Ausschluss Gorlebens aus dem Standortauswahlverfahren immer wieder gefordert. Dafür konnte er in der Kommission aber keine Mehrheit erlangen.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Nationales Begleitgremium ist bereits aktiv und begleitet das Verfahren

Phase 1, Schritt 1

der Hand. Ähnliches gilt auch für andere Vorschläge der Kommission. Der gleichrangige Umgang mit allen drei Wirtsgesteinen, etwa durch die Festlegung einer einheitlichen 100-Grad-Grenztemperatur? Ja, aber nur eine vorläufige Empfehlung. Und dennoch Grund genug für die Pro-Gorleben-Fraktion, sich in einem Sondervotum davon klar abzusetzen. Nachbesserungen bei den Klage-rechten für die betroffenen Bürger? Ja, aber nicht für alle Stufen des Auswahlprozesses und auch nur in Bezug auf die formale Einhaltung von Kriterien und Verfahrensweisen. Grund ist die sogenannte Legalplanung: Die eigentlichen Auswahlentscheidungen werden nicht mehr durch die Behörde, sondern vom Parlament per Gesetz beschlossen. Sie sind deshalb gerichtlich nicht nachprüfbar – es sei denn durch eine wenig aussichtsreiche Verfassungsklage. Fazit: Die Standortentscheidung bleibt eine Frage der politischen Machtverhältnisse. Und gerade deshalb müssen die Umwelt- und Standortinitiativen das Verfahren auch in Zukunft in jeder Phase wachsam begleiten. Das fängt bei der Umsetzung der, wenn auch unzureichenden, Kommissionsempfehlungen an. Nur ein erster Schritt, aber sozusagen der Lackmusestest, wie ernst es Regierung und Bundestag mit ihrer Ankündigung meinen, das Standortsuchgesetz nun zu überarbeiten und zu verbessern. Schließlich ist diese Zusage ja nur unter dem massiven Druck der niedersächsischen Landesregierung zustande gekommen. Die Politik muss jetzt liefern, und die Bewegung sollte ihr dabei genau auf die Finger schauen.

Die AKW-Betreiber verlieren ihren direkten Einfluss auf die Endlagersuche

Neues Verfahren, neue Akteure von Dirk Seifert & Thorben Becker

Zwei Vorschläge der Endlagerkommission sind bereits im Sommer gesetzlich umgesetzt worden: eine neue Organisationsstruktur und die schnellere Einsetzung des „Nationalen Begleitgremiums“ (NBG). Damit verändern sich die Akteure des neuen Suchverfahrens.

Rückblick: Vor dieser Neuregelung war als Vorhabenträger im Verfahren das „Bundesamt für Strahlenschutz“ (BfS) vorgesehen und als Genehmigungsbehörde das neue „Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit“ (BfE). Das Agieren von zwei Bundesämtern hätte zu zahlreichen Abgrenzungsschwierigkeiten und Unklarheiten führen können. Außerdem hätte sich das BfS wie bisher zur konkreten Durchführung der Arbeiten der „Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe“ als „Verwaltungshelfer“ bedient. Die DBE, die in dieser Funktion in Gorleben, Morsleben und beim Schacht Konrad für das BfS arbeitet, gehört zu 75 Prozent den AKW-Betreibern.

Diese unübersichtliche Situation wurde ersetzt durch eine neue und zu 100 Prozent staatliche Endlagergesellschaft als Vorhabenträger, nämlich die „Bundesgesellschaft für Endlagerung“ (BGE). Damit verlieren die AKW-Betreiber ihren direkten Einfluss auf die Endlagerprojekte und die zukünftige Endlagersuche. In diese neue Gesellschaft sollen Teile des BfS, die Asse GmbH und Teile der DBE integriert werden. Damit

spielt das BfS zukünftig im Standortauswahlverfahren keine Rolle mehr, bleibt aber Fachbehörde für alle Angelegenheiten des Strahlenschutzes.

BfE und BGE befinden sich derzeit im Aufbau. Auch die wichtigsten Personalentscheidungen sind getroffen: Zum neuen Präsidenten des BfE wurde Wolfram König (Grüne) berufen. Zudem wurden Ursula Heinen-Esser (CDU), Ewold Seeba (SPD) und Albert Lennartz (Grüne) zu Geschäftsführern der BGE bestellt. Damit ist die zukünftige Endlagersuche schwarz-grün eingefärbt. Die handelnden Personen bringen einiges an Erfahrung mit: Wolfram König war langjähriger Präsident des BfS. Ursula Heinen-Esser war Ko-Vorsitzende der Endlagerkommission und im Bundestag für das Standortauswahlgesetz und die Lex Asse zuständig. Albert Lennartz ist noch Geschäftsführer der Asse GmbH und war schon Mitglied im AK End. Ewold Seeba kommt aus dem Bundesumweltministerium und war Interimspräsident des BfE. Aber auch wichtig: ein Gorleben-Hardliner ist nicht dabei.

Ab November wird das „Nationale Begleitgremium“ (NBG) das Verfahren der Novellierung des Standortauswahlverfahrens und den Aufbau von BfE und BGE begleiten. Bundestag und Bundesrat werden sechs Personen für dieses Gremium benennen. Ergänzt werden sie durch drei „Zufallsbürger“, die von einer größeren Gruppe gewählt und in mehreren Workshops qualifiziert werden sollen. Beobachter gehen davon aus, dass der ehemalige Umweltminister und UNEP-Chef Klaus Töpfer (CDU) das NBG leiten wird.



Ausgangslage: Identifizierte Teilgebiete

Ziel: Vorschlag der BGE zu Standorten für die obertägige Erkundung

Basis: Daten, die bei den geologischen Fachbehörden vorhanden sind

Verfahren: BGE übermittelt dem BfE in einem Zwischenbericht einen Vorschlag für die Auswahl an Teilgebieten und legt fest, in welchen Regionen weiter Erkundungen stattfinden



Alle möglichen Gesteinsformationen (Salz, Ton Kristallin) in allen Bundesländern müssen Teil des Suchverfahrens sein.



DATENLAGE Der BUND bemängelt, dass es keine flächendeckenden gleichwertigen geologischen Daten gibt. Aus BUND-Sicht darf kein Standort ausgeschlossen werden, nur weil es keine oder nur unzureichenden Daten gibt.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Fachkonferenz Teilgebiete erörtert
Zwischenbericht der BGE //
Nationales Begleitzentrum läuft weiter

Phase 1, Schritt 2

Bürgerbeteiligung im Verfahren von Ulrike Donat

Atomkraftgegner/-innen sind ja schon immer mehrgletsig gefahren: Mitarbeit in Gremien, wenn es Sinn macht, Zusammenarbeit aufkündigen, wenn Vorbedingungen nicht erfüllt sind, Zutritt zu Geheimzirkeln einfordern – und alles begleitet durch Protest draußen, auf der Straße. Daran wird sich auch in Zukunft nichts Wesentliches ändern, trotz aller schönen Worte und Vorschläge der Endlagerkommission. Allerdings gibt es Ansätze, die Öffentlichkeit mehr als bisher in Planfeststellungsverfahren im Prozess der Entscheidungsfindung zu beteiligen – das ist ein Anfang und daher zu begrüßen, aber es ist auch ein Versuch der Einbindung, der weiterhin kritisch begleitet werden muss.

» Mitmachfalle oder Demokratiegewinn? Drinnen und draußen gemeinsam

Die frühzeitige und möglichst umfassende Beteiligung von (betroffenen) Bürger/-innen kann einen Qualitätsgewinn der späteren Entscheidung bedeuten: Alle Informationen vor Ort werden bekannt, alle Interessen und Probleme können einbezogen werden, die spätere Entscheidung hat damit weniger Lücken und eine größere Chance sich auch vor Gerichten durchzusetzen. Dies ist ein zweischneidiges Schwert. Aus Sicht von Betroffenen hat eine Beteiligung in Anhörungs- und Beteiligungsverfahren nur dann Sinn, wenn sie wirklich gehört werden, Probleme diskursiv diskutiert wer-

den und die Sicht der Betroffenen Einfluss auf das Ergebnis hat. Sonst haben wir die „Mitmachfalle“. Ein Gewinn von Beteiligungsverfahren könnte zum Beispiel sein, sich kontrovers über moralisch-ethische Aspekte oder über die Bewertung von Risiken auseinander zu setzen, um zu einer gesellschaftlichen Diskussion und Entscheidung statt zu einer Abstimmung in politischen Zirkeln zu kommen. Das wäre ein Demokratiegewinn. Bürgerbeteiligung könnte auch eine bessere Kontrolle des Verfahrens und der Entscheidungen zur Folge haben – wenn Beteiligung begleitet wird durch Rechte auf Information, Akteneinsicht und Beschwerdeinstanzen im Verfahren sowie Rechtsschutz gegen die letztendliche Entscheidung.

Prüfkriterien für die Qualität von versprochener „Öffentlichkeitsbeteiligung“ sind daher zum einen die so genannte Beteiligungstiefe (Information, Konsultation oder echte Mitsprache der Bürger/-innen?) und zum anderen Transparenz (Informationszugang oder Geheimniskrämerei?), Ressourcen (ehrenamtliche Arbeit oder Aufwandsentschädigung, finanzielle Mittel für sachverständige Beratung usw.) und die letztlich zu entscheidende Frage, was zu gewinnen oder verlieren ist: Mehr Mitsprache, mehr Demokratie, mehr Einfluss oder Einbindung durch Mitmachen ohne Einfluss auf das Ergebnis zur Reduzierung des Widerstandspotenzials? Wie auch immer man persönlich zum Mitmachen steht – aus der Geschichte wissen wir, dass jede politische Entscheidung, jede

Gremienentscheidung und auch Gerichtsentscheidungen (auch) beeinflusst werden durch gesellschaftliche Auseinandersetzungen und Proteste. Ich halte es da mit Marianne Fritzen: Mitmachen, wo über unsere Interessen verhandelt wird, immer das Gespräch suchen – aber immer auch draußen stehen, beobachten, kontrollieren, Druck machen.

» Beteiligung nach dem Bericht der Endlagerkommission

Die Endlagerkommission rühmte sich lautstark selbst für Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung. Nun, auch darüber kann man geteilter Meinung sein: Es gab das Bemühen um Transparenz – aber wer kann sich heute schon mehrstündige Videoaufzeichnungen anhören? Da gab und gibt es vieles zu verbessern, und vor allem: Die eigentlichen Entscheidungen wurden in üblicher Politikmanier im Hinterzimmer ausgekugelt, so dass die schon Ende Februar 2016 versprochene Öffentlichkeitsanhörung zur Endfassung des Kommissionsberichtes bis zur Abgabe unterblieb. Statt offener Diskussion des Berichtsvorschlags konnten die, die das mitmachten, sich mit den „Kernbotschaften“ eines Dienstleisters mit begrenztem Verständnis für die Dimension der jahrzehntelangen Konflikte befassen (in einer Veranstaltung im April 2016). Und die eigentliche „Öffentlichkeitsbeteiligung am Bericht“ wurde nach dessen Abgabe im Internet nachgeholt: Gerade mal 111 Kommentare ergab dieses Verfahren. „Die Öffentlichkeit“ wurde so nicht erreicht.

Die
Öffentlichkeit
wurde durch
die Kommission
nicht
erreicht.

» Was ist in Zukunft zu erwarten?

Vorgeschlagen und bereits durch eine vorgezogene Änderung von des Standortauswahlgesetzes (StandAG) beschlossen wurde ein vorgezogenes „Nationales Begleitgremium“ zur Begleitung der gesamten Endlagersuchprozesses, dem neben sechs honorigen Persönlichkeiten auf Vorschlag von Bundesrat und Bundestag auch drei Bürger/-innen angehören sollen: ein Mann, eine Frau und ein „Vertreter der Jugend“, die nach einem Zufallsprinzip ausgewählt werden sollen (zu weiteren Verfahren: siehe Box unten). Dieses „Nationale Begleitgremium“ (NBG) soll nach der Umsetzung des Kommissionsberichtes durch weitere Änderungen des StandAG durch den Deutschen Bundestag auf die doppelte Größe erweitert werden, wenn der Standortauswahlprozess beginnt.

Das NBG hat die Aufgabe, den Suchprozess „gemeinwohlorientiert“, „vermittelnd und unabhängig“ zu begleiten. Positiv wäre es, wenn es seine Aufgabe tatsächlich als ethisches Wächteramt versteht und entsprechend besetzt wird – das könnte vielleicht in Zukunft für Transparenz sorgen und politische Willkürentscheidungen wie in Gorleben erschweren. Aber hier ist

Bei
aller gebotenen Skepsis:
Eine unabhängige
Instanz im
Verfahren ist
neu. Das ist
positiv.

Vorsicht angesagt, denn andere ehemals vorhandene Kontrollinstrumente fehlen oder sind unklar: Die Länder sind nicht mehr für die Genehmigung von Endlagern zuständig, so dass die föderale Gewaltenteilung als Kontrollinstrument zwischen Standort und Bund entfällt. Zum anderen ist der künftige Rechtsschutz von Betroffenen und betroffenen Regionen und Umweltverbänden im gestuften Auswahlverfahren noch umstritten – ob die Vorschläge der Kommission zum Rechtsschutz in mehreren Stufen des Auswahlverfahrens Gesetz werden, ist noch nicht sicher. Das NBG kann diese Kontrollinstrumente nicht ersetzen: Zwar hat es die Aufgabe einer „Ombudsstelle im Verfahren“, kann aber nur mahnen und anregen – außer dem „moralischen Zeigefinger“ hat es keine Durchsetzungsmacht gegen Politik und Verwaltung. Ob Persönlichkeiten mit ausreichend Profil gefunden werden und ob die Finanzausstattung ausreichend ist, ist auch noch ungewiss.

Dennoch: eine unabhängige Instanz im Verfahren gab es bisher nicht, das bewerte ich positiv, und wenn die Vertreter im NBG ihre Aufgabe ernst nehmen, können sie den kommenden Generationen eine Stimme geben. Ich hoffe auch, dass das NBG ausreichend persönliches Gewicht haben wird, schnelle billige Lösungen zu verhindern und ein Aus für Gorleben aus Fairnessgründen einzufordern.

» Nationales Begleitgremium und „Zufallsbürger“

Das Konzept des vorgezogenen „Nationalen Begleitgremiums“ wurde mit Gesetz zur Änderungen des StandAG bereits im Juni beschlossen. Das Bundesumweltministerium (BMUB) sprach daraufhin nach einem vorgegebenen Raster zu Alter und Geschlecht „Zufallsbürger“ an. Wer von den Angesprochenen Inter-

esse hatte, konnte sich zu so genannten Bürgerforen anmelden, die Ende Oktober in München, Hamburg, Leipzig und Düsseldorf stattfanden sowie – nur für „Zufallsjugendliche“ zwischen 16 und 27 Jahren – zum selben Termin in Kassel. Diese „Bürgerforen“ sollten – nur aus ihrem Kreis! – 30 Vertreter/-innen für ein „Beratungsnetzwerk“ wählen, das in einem Workshop Anfang November in Berlin zusammen kam und verbindlich die „Zufallsbürger“ für das NBG auswählte. Das „Beratungsnetzwerk“ soll auch später die Arbeit des NBG kontinuierlich begleiten. Sozialwissenschaftlich werden „Zufallsbürger“ als demokratisch gelobt, es soll Erfahrungen geben, dass sie die ihnen übertragene Aufgabe ernst nehmen werden. Wer allerdings aus 40 Jahren Anti-Atom-Bewegung die Komplexität der Materie, die Vielfalt der Meinungen und die vielfältig schlechten Erfahrungen mit politischen Gremien, Machtspielchen und Hinterzimmern kennt, wagt Zweifel an der Kompetenz solcher „Zufallsbürger“. Vielleicht sind sie doch nur ein Alibi? Das wird die Zeit erweisen. Positiv ist jedenfalls, dass es neben den üblichen „honorigen Persönlichkeiten“ (hinter denen sich in aller Regel abgeschobene Politiker/- oder Wirtschaftsvertreter/-innen verbergen) immerhin ein Korrektiv von Bürger/-innen gibt, die allerdings weder „Betroffene“ im klassischen Sinn sein und nur im Glücksfall nachhaltige politische Erfahrungen haben werden. Es gilt also, diese weiterhin durch kritische Stellungnahmen der Anti-AKW-Bewegung und aus den Regionen mit einschlägigen Erfahrungen zu unterstützen und qualifizieren. Drei Vertreter/-innen sollen vom Bundestag, drei weitere vom Bundesrat entsandt werden, das vollständige NBG soll bis Ende dieses Jahres konstituiert sein. Namen werden hinter den Kulissen gehandelt, wir dürfen ge-

Weitere Instrumente der Öffentlichkeitsbeteiligung sollen nach dem Vorschlag der Endlagerkommission sein:

- Regionalkonferenzen
- Vollversammlung aus allen Wahlberechtigten
- Vertreterversammlung je 1/3 Kommunalvertreter, gesellschaftliche Gruppen, Einzelbürger, gewählt von Vollversammlung
- Fachkonferenz Teilgebiete (überregional)
- Rat der Regionen (aus Vertretern der Regionalkonferenzen)
- Förmliche Erörterungsverfahren im Planfeststellungsverfahren

Phase 1, Schritt 3; dann Bundestagsentscheid

Ausgangslage: Vorschlag der BGE über Standorte zur obertägigen Erkundung

Ziel: Standorte zur übertägigen Erkundung

Basis: Daten, die bei den geologischen Fachbehörden vorhanden sind

Verfahren:

- BGE übermittelt BfE einen Vorschlag für die Auswahl an Standorten für die obertägige Erkundung sowie für die dazugehörigen Erkundungsprogramme
- BfE initiiert in den ausgewählten Standorten *Regionalkonferenzen*
- BfE prüft den BGE-Vorschlag
- Formelle Öffentlichkeitsbeteiligung mit Stellungnahmen und Erörterungsterminen findet statt
- Bundestagsentschluss über übertägig zu erkundende Standortregionen
- Strategische Umweltprüfung



Der BUND fordert, dass nach Abschluss jeder Phase des Standortauswahlverfahrens eine Rechtsschutzmöglichkeit besteht. Sonst müssen Betroffene zu lange warten, bis sie ihre Rechte geltend machen können.



FACHKONFERENZ

„RAT DER REGIONEN“

Der BUND fordert, die Fachkonferenz „Rat der Regionen“ mit einem gesetzlich festgeschriebenen Nachprüferecht auszustatten. Dem ist die Kommission nicht gefolgt. So verfügt dieses wichtige Gremium über kein eigenständiges Recht auf Nachprüfung.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Regionalkonferenzen beschäftigen sich an den jeweiligen Standorten mit den Ergebnissen der Phase II

Das Nationale Begleitgremium beschäftigt sich ebenfalls mit den Ergebnissen der Phase I // Die Fachkonferenz „Rat der Regionen“ beginnt nach Bildung der *Regionalkonferenzen*, um dann vor allem in Phase II und III zu wirken

spannt sein: ein Anschlussjob für Kommissionsmitglieder oder ihre Freund/-innen oder wirklich ein Neuanfang?

» **Teilgebiete und Regionen**

Wenn der Kommissionsvorschlag Gesetz wird, geht der Standortauswahlprozess los:

Zunächst werden nach vorhandenen Geodaten so genannte „Teilgebiete“ bestimmt, die möglicherweise passende geologische Formationen haben. Dann sind mehrere Regionen betroffen, die einerseits ihre Regionalkonferenzen bilden (und damit lokale Betroffenheit haben), andererseits im „Rat der Regionen“ und den „Fachkonferenzen Teilgebiete“ überregional die Auswahl fachlich begleiten sollen. Die regional betroffene Bevölkerung hat kein direktes Mitspracherecht an der Auswahlentscheidung – sie kann sich aber in „Vollversammlungen“

beteiligen oder sich wie in der Vergangenheit jederzeit das Recht zum Protest nehmen. Die „Beteiligung“ wird kanalisiert durch Teilgebietskonferenzen, Regionalkonferenzen, Rat der Regionen. Allerdings ist keine „Gorleben-Kommission“ allein aus Mandatsträger/-innen mehr vorgesehen, sondern auch bei den Regionalkonferenzen gilt das Drittelprinzip: Kommunalvertreter/-innen, gesellschaftliche Gruppen und Bürger/-innen, gewählt von der „Vollversammlung“ der betroffenen Region – das sind alle Volksvertreter/- und Bürger/-innen, die zu einer solchen Versammlung erscheinen. Spätestens dann wird es den „Betroffenheitsschock“ vor Ort geben, der zu Beteiligung und Protesten führen wird. Vielleicht wird dann, wenn mehrere Regionen betroffen sind, auch die fällige gesellschaftliche Debatte über Lageroptionen und Sicherheits-

kriterien (neu) eröffnet, die die Bildung der Endlagerkommission umgangen hat. Andererseits kann jede betroffene Region überstimmt werden ...

Begleitend vorgesehen sind eine Informationsplattform im Internet mit allen Berichten, Gutachten und so weiter und Informationsstellen in betroffenen Regionen. Letzteres kennen wir aus der Infostelle in Gorleben. Auf dieser Grundlage soll Jede/-r Stellungnahmen in jeder Stufe des Verfahrens abgeben können. Zwischenschritte im Entscheidungsprozess sollen jeweils von förmlichen Erörterungsterminen mit Öffentlichkeitsbeteiligung begleitet werden. Auch strategische Umweltverträglichkeitsprüfungen mit Beteiligung von Umweltverbänden sind vorgesehen, und die Anhörung betroffener Gemeinden und Behörden. Dies sind jeweils die unteren Stufen der Beteiligungstiefe: Information top down, Gelegenheit zu In-

Ausgangslage: Bundestagsbeschluss über festgelegte Standorte für die übertägige Erkundung

Ziel: Standorte für untertägige Erkundung

Verfahren:

- Übertägige Erkundungsarbeiten
- Auswertung der Erkundungsergebnisse
- Darauf aufbauend Anwendung der Kriterien und Durchführung von *Sicherheitsuntersuchungen* an den Standorten
- Veröffentlichung eines Vorschlags durch BGE über untertägig zu erkundende Standorte



Wann scheidet Gorleben aus dem Verfahren aus?

Der BUND ist sich sicher, in einem fairen Verfahren ist Gorleben nicht Teil der übertägig zu erkundenden Standorte. Aber wie fair wird das Verfahren? Als Warnung lassen wir Gorleben in den weiteren Karten drin.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Regionalkonferenzen begleiten das Verfahren aus Standortperspektive //

Die Fachkonferenz „Rat der Regionen“ begleitet das Verfahren aus überregionaler Perspektive //

Das Nationale Begleitgremium ist weiterhin aktiv



Ausgangslage Phase 2

formation bottom up, Konsultation mit dem Recht auf „angehört werden“ ohne Recht auf „gehört werden“ im Sinne von maßgeblichem Einfluss auf die Entscheidungen, wie dies etwa Vetorechte vermitteln würden.

» Fazit

Auch bei der vorgesehenen „Beteiligung“ gilt: zu kurz gesprungen! Es gibt gute Ansätze und Elemente – zum Beispiel eine begleitende vermittelnde Stelle mit

ethischem Anspruch, die „Vollversammlung“ betroffener Regionen, die Versuche, Transparenz und Mitsprache zu organisieren. Es bleibt aber der schwarze Fleck Gorleben: Der Erkundungsvorprung und die manipulierten

Ausgangslage: Bundestagsbeschluss über festgelegte Standorte zur untertägigen Erkundung

Ziel: Festlegung des Standortes mit der bestmöglichen Sicherheit

Verfahren:

- Untertägige Erkundungsarbeiten
- Auswertung der Erkundungsergebnisse
- Darauf aufbauend Durchführung von Sicherheitsanalysen für die erkundeten Standorte
- BGE vergleicht die Standorte



Der BUND fordert, die untertägige Erkundung und Konzeptentwicklung für Granit, Ton und unterschiedliche Salzstrukturen verbindlich im StandAG vorzuschreiben.

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Regionalkonferenzen begleiten das Verfahren aus Standortperspektive //

Die Fachkonferenz „Rat der Regionen“ begleitet das Verfahren aus überregionaler Perspektive //

Das Nationale Begleitgremium ist weiterhin aktiv



Ausgangslage Phase 3

Verfahren nach Veröffentlichung

Bericht durch BGE:

- BGE übermittelt Bericht an BfE
- BfE prüft den Vorschlag
- *Strategische Umweltverträglichkeitsprüfung (SUP)*
- BfE beantwortet Nachprüfungsaufträge, Stellungnahmen und Erörterungstermine finden statt
- Rechtsschutz
- Bundestagsbeschluss über untertägig zu erkundende Standorte



Das Verfahren geht jetzt in die entscheidende Phase. Aber: Gilt der Atomausstieg noch? Wurde der Atom-ausstieg doch im Grundgesetz abgesichert?

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Die vom Vorschlag der BGE betroffenen Regionen prüfen im Rahmen der Regionalkonferenzen den Vorschlag und können je einen Nachprüfaufrag erteilen // Fachkonferenz „Rat der Regionen“ begleitet das Verfahren aus überregionaler Perspektive // Nationales Begleitgremium ist aktiv



Ergebnis Phase 2, dann Bundestagsentscheid

Aussagen zur „Eignungshöflichkeit“ könnten dazu führen, dass andere betroffene Regionen, der Rat der Regionen, die Teilgebietskonferenzen den Druck auf Gorleben erhöhen. Das könnte den Widerstand spalten, es

gibt keine Einflußmöglichkeiten des Bundeslandes mehr und ob Rechtsschutz zu erlangen ist, steht noch in den Sternen. Es bleibt spannend. Es gibt einen kleinen Fuß in der Tür „Demokratische Diskussionskultur“, aber

die wesentlichen Fakten sind dem Diskurs entzogen: Lageroptionen, Auswahlkriterien, Sicherheitskriterien, ein Ende für Gorleben. Es gibt nichts zu feiern. Wachsam und widerständig zu bleiben, ist das Mittel der Wahl.

Verfahren nach Abschluss der Phase 3:

- BGE erstellt Bericht und übermittelt diesen an BfE
- BfE prüft den Vorschlag
- *Umweltverträglichkeitsprüfung* über vorgeschlagenen Standort
- BfE macht Vorschlag an Bundesregierung
- Rechtsschutz



Hält die Bundesregierung an ihren Plänen fest, am ausgewählten Standort vor endgültiger Genehmigung des Endlagers ein „Eingangslager“ für mindestens 500 Castoren zu bauen?

ÖFFENTLICHKEITSBETEILIGUNG

Da nur noch ein Standort im Verfahren ist, begleitet nur noch eine Regionalkonferenz das Verfahren // Die Fachkonferenz „Rat der Regionen“ begleitet das Verfahren aus überregionaler Perspektive // Das Nationale Begleitgremium ist weiterhin aktiv



Ergebnis Phase 3, dann Bundestagsentscheid

Social NetworX

Kooperationen der Anti-Atom-Initiativen für den Blick über den eigenen Tellerrand

International Vernetzung von Anti-Atom-Aktiven und -Initiativen gibt es nicht nur innerhalb Deutschlands. Auch in den Nachbarländern und sogar in Übersee hat der Anti-Atom-Widerstand Partner/-innen im Kampf gegen die einzelnen Glieder der nuklearen Kette. Auch die BI! Von **Kerstin Rudak**

Erst durch eigene Betroffenheit kommen Menschen in Wallungen. Und bestenfalls in politische Aktion. Bei der Standortbenennung Gorleben als Nukleares Entsorgungszentrum stand bei vielen die Sorge um die unmittelbare eigene Umgebung im Vordergrund. Das ist nichts Schlechtes, wenn mensch nicht dort stehen bleibt.

Und wir in und um Gorleben haben uns in den letzten 40 Jahren weiterbewegt. Bei näherer Auseinandersetzung mit dem Thema Atomkraft liegt der Schluss schnell nahe, dass jeder Schritt der so genannten nuklearen Kette ein Verbrechen gegen Mensch und Umwelt und die kommenden – 40000 – Generationen ist. Die Erkenntnis, dass sich ein Endlager Gorleben, das rein willkürlich politisch benannt wurde und geologisch gänzlich ungeeignet ist, nur verhindern lässt, wenn wir uns mit anderen austauschen, zusammen gehen, solidarisch allen Atomprojekten weltweit Widerstand leisten, trägt Früchte.

In jüngster Zeit hat uns eine Delegation aus Japan besucht. Die kämpferische Eisenbahnergewerkschaft Doro-Chiba hat neben Berlin und Hamburg auch Aktive aus dem Gorleben-Protest im Wendland getroffen. Immer wieder stellen wir – neben unserer durchaus vorhandenen Hilflosigkeit – fest, dass es das Wichtigste für die Menschen ist, nicht vergessen zu werden. Eine türkische Filmcrew um die beiden Regisseure Can Candan und Christian Bergmann war ebenfalls im September hier zu Gast. Der Film „Nuclear alla turca“ befindet sich in der Vorproduktionsphase. Weitere Besuche zum Filmen und Interviewen stehen aus.

Zur 30-Jahr-Feier des Bundesumweltministeriums in Berlin war ein Team des Uranium Networks angereist, hielt Vorträge über die menschenverachtenden Praktiken des Uranbergbaus weltweit. Dave Sweeney, jahrzehntelang Aktivist und Campaigner in Australien, und Günter Hermeyer von der BI haben Folgeprojekte geplant. Für uns ist es kein Spruch, wenn wir sagen: „Für die sofortige Stilllegung aller Atomanlagen weltweit.“ Wir arbeiten daran. Fortsetzung folgt.

Kooperationen Wer möchte schon gerne Atom Müll in „seinem Garten“ haben? Niemand! So wundert es nicht, dass Menschen den Atom Müll in ihrer Nähe eigentlich möglichst schnell loswerden wollen. Die Anti-Atom-Initiativen brandmarkt diese Haltung gern mit dem Kürzel „NIMBY“ – „Not in my backyard“. Denn so einfach will es sich in der Bewegung niemand machen. **Torben Klages** erklärt, wie Vernetzung zu Stärke wird.

Ein anderer Slogan lautet darum auch „Nix rein, Nix raus!“ Dahinter verbirgt sich eine gemeinsame Haltung der Atom Müll Standorte gegen jede Art von Atom Mülltransport, bis endlich ein tragfähiges und allumfassendes Konzept zum Umgang mit dem strahlenden Abfall vorliegt. Initiativen vor Ort sehen sich also weit größeren Aufgaben ausgesetzt, als „einfach nur dagegen“ zu sein. Wo aber Herausforderungen so groß sind, wie beim Thema Atom Müll, ist Vernetzung und Zusammenarbeit ein gutes Mittel, um Stärke zu entfalten.

Zum Beispiel bei NIESA. Was beim ersten Hören an ein weiteres Freihandelsabkommen denken lässt, ist tatsächlich ein regelmäßiges Arbeitstreffen der niedersächsischen Standorte von Atom Müll. Zweimal im Jahr treffen sich Vertreter/-innen von lokalen Initiativen, um sich über Probleme vor Ort auszutauschen und gemeinsame Positionen und Aktionen auf den Weg zu bringen. Nicht nur Informationen aus erster Hand spielen dabei eine wichtige Rolle, auch das Verständnis im solidarischen Umgang miteinander wächst. So kommt es vor, dass Probleme am einen Standort die Vorboten sind für resultierende Probleme am anderen. Durch die Mitarbeit von Atomkraftgegner/-innen der AKW-Standorte Grohnde, Unterweser und Emsland, der Lagerorte Gorleben, Schacht Konrad, Asse und weiterer Aktiver aus Leese, Lingen und Braunschweig wird die Bedeutung der NIESA-Treffen deutlich. Doch die Thematik ist

nicht nur in Niedersachsen relevant: Ob AKW-Betrieb oder Brennelementlagerung, Kraftwerksrückbau oder potenzieller Standort für eine tiefe geologische Langzeitlagerung: Im ganzen Bundesgebiet sehen sich Regionen einer permanenten Bedrohung durch Atom Müll ausgesetzt. Die so genannte Zwischenlagerung gewinnt stetig an Bedeutung, vor allem die Sorge um die Sicherheit und die lange Betriebszeit dieser Lager.

Wie damit weiterhin umzugehen sei, war ein zentraler Inhalt der kürzlich abgehaltenen Atom Müllkonferenz (AMK), einem ebenfalls zweimal im Jahr stattfindenden Treffen aller in ganz Deutschland zum Thema Atom Müll arbeitenden Initiativen. Durch die jüngst beendete „Kommission Lagerung hochradioaktiver Stoffe“ unbearbeitet belassen, drängt mehr und mehr die Frage nach Sicherheit und Laufzeit der Zwischenlager. Nachrüstungen in Lubmin können aus Platzgründen nicht erfolgen, das Zwischenlager Brunsbüttel hat seine Genehmigung verloren, und auf Weisung des schleswig-holsteinischen Umweltministers wird der dortige Müll momentan und ohne absehbare Lösung nur „geduldet“. In Jülich besteht das gleiche Problem. Ein Alterungsmanagement für die Gebäude und Behälter scheint es nicht zu geben. Das Zwischenlager Gorleben ist, wie andere auch und nahezu baugleich mit Ahaus, nicht gegen Einwirkungen von außen ausgelegt. Der Neubau weiterer Zwischenlager und noch mehr Transport

Aufruf Der nächste Castortransport könnte schon im ersten Quartal 2017 und damit deutlich früher als bisher erwartet stattfinden. Bei EnBW laufen die Vorbereitungen schon auf Hochtouren. Doch dieses Mal ist nicht das Wendland das Ziel, sondern das AKW Neckarwestheim. Kerstin Rudek schwört die Norddeutschen auf eine „Dienstreise“ nach Baden-Württemberg ein.

» Transporte überall

Zurzeit gibt es keine Castortransporte. Von 1995 bis 2011 wurden 113 Castorbehälter unter großer staatlicher Gewaltanwendung und ebenfalls großen bundesweiten und internationalen Protesten nach Gorleben gebracht. und 1998 fand ein Castortransport von Duisburg nach Ahaus ins dortige Zwischenlager statt. Ein Ergebnis des angeblichen Neustarts der Suche nach einem Dauerlager für hochradioaktiven Atommüll war das Aussetzen der Castortransporte, nun sollen sie ab 2017 wieder rollen. Einen Neustart in der Bewertung der Lagermöglichkeiten von Atommüll gibt es nicht, auch kein Konzept für die Lagerung. Atommüll wird munter weiterproduziert. Sowohl in den Atomkraftwerken, die laut derzeitiger Bundesregierung noch bis 2023 weiterlaufen und weiter Atommüll produzieren sollen, als auch in den Urananlagen von Gronau und Lingen, wo die Anreicherung und Brennelemente-Produktion komplett vom Atomausstieg ausgeklammert ist. Es existieren schon Pläne für weitere 40 Jahre Betrieb dieser Anlagen, inklusive neuer Hallen und Zwischenlager. Ob es weitere Castortransporte nach Gorleben geben wird, ist nicht wirklich abschließend zu beurteilen. Derzeit wird das neue Standortauswahlgesetz von Vielen dahingehend interpretiert, dass dem gesetzlich ein Riegel vorgeschoben sei. Allerdings ist es in der Vergangenheit oft vorgekommen, dass Gesetzesänderungen zu einer vollkommen anderen Beurteilung und Praxis geführt haben.

» Auf nach Baden-Württemberg

Egal, wohin der nächste Castor rollt, werden wir unter den gegebenen Umständen an unserer Parole festhalten „Nix rein, Nix raus!“ Denn gemeinsam ist allen Transporten, dass sie Probleme nicht lösen, sondern der Atommüll nur per Straße, Schiff oder Schiene verschoben wird. Das bedeutet für uns, den Widerstand gegen die aktuelle Atompolitik wieder sichtbar werden zu lassen. Wir im Wendland haben in den 16 Jahren mit 13 Castortransporten so viel Solidarität von anderen Menschen und Gruppen erhalten, dass es nun an der Zeit ist, etwas zurückzugeben. Klar ist, dass es nicht einfach wird, massenhaften Protest gegen sinnfreie Castor-Verschiebe-Transporte auch anderswo zu ermöglichen. Eine Infrastruktur lässt sich ebenso wenig versetzen, wie der Magnet und Mythos von Gorleben sich auf einen anderen Ort übertragen lässt. Es liegt nun an uns allen, ein Klima zu schaffen, in der ein bunter, gesellschaft-

lich breit getragener, entschlossener Widerstand gegen die neuen Castortransporte zunächst denkbar und dann machbar wird. Bringt euch ein in euren Regionen, informiert euch über anstehende Castor-Treffen, setzt euch ein für das Wiederbeleben regionaler Protest-Strukturen, kommt in den Südwesten zu den dortigen Initiativen. Wichtige Dinge können wir keinen parteipolitischen wechselnden Machtinteressen überlassen. Atomausstieg ist Handarbeit. Packen wir es an!

te drohen. Allein hochradioaktiver Müll lagert inzwischen an 17 Standorten überall im Bundesgebiet. Zusammenarbeit der Initiativen ist also umso dringender geboten.

Denn inzwischen verdichten sich die Hinweise über einen anstehenden Castortransport im kommenden Jahr. Aus dem Nasslager des AKW Obrigheim, das derzeit „rückgebaut“ wird, sollen Brennelemente in 15 Castorbehältern ins Lager des AKW Neckarwestheim verbracht werden. Dort werden sie zwar in einem Tunnel gelagert, doch die Beschaffenheit des Untergrunds sorgt für Ausspülungen des Gesteins und bedarf einer permanenten Stabilisierung durch Beton. So nahmen knapp 30 Multiplikator/-innen aus zehn Initiativen an einem Treffen am Rande der AMK teil und ließen sich vom Anti-Atom-Bündnis Süd-West auf den aktuellen Stand bringen. Das die 15 Castoren vermutlich in drei Transporten, sicher aber auf dem Neckar bewegt werden sollen, erregte bei aktionsorientierten Gruppen besonderes Aufsehen: Das stelle den Protest vor besondere Herausforderungen, biete aber auch völlig neue Möglichkeiten. Vor dem Hintergrund riskanter Atommülltransporte und sorglosen Umgangs mit den Lagern verständigte man sich auf lautstarken, kreativen Protest – mit Sicherheit! „Leinen los für die Planungen zum Protest gegen den Castortransport 2017“, lautete das Credo. Aus wendländischer Sicht möchte man ergänzen: „Dieses Mal ‚not in our backyard!‘“



Kerstin Rudek

Castortransporte ab 2017

Obrigheim – Neckarwestheim

15 Castoren

Jülich – Ahaus

152 Castoren

La Hague – Philippsburg

5 Castoren

Castortransporte ab 2018

Garching – Ahaus

5 Castoren

Sellafield – Brokdorf

7 Castoren

Sellafield – Biblis

7 Castoren

Der erste Atom-Aussteiger

Zum Tod von Klaus Traube

Bürger T. Klaus Traube war einst Planer des „schnellen Brüters“ in Kalkar, dann wurde er zum vehementen Kernkraftgegner und innovativen Energieforscher. Traube wurde 88 Jahre alt. Ein Nachruf von **Joachim Wille**

Der „Lauschangriff auf Bürger T.“ hatte 1975 und 1976 stattgefunden. Das Magazin Der Spiegel deckte die illegale Abhöraktion des Bundesamts für Verfassungsschutz 1977 auf, der Fall machte bundesweit Schlagzeilen und löste eine schwere Krise der sozial-liberalen Regierung aus. Der zuständige Bundesinnenminister Werner Maihofer (FPD) musste am Ende seinen Hut nehmen. „Bürger T.“ – damit war der Atommanager Klaus Traube gemeint, damals verantwortlich für den Bau des umstrittenen Schneller-Brüter-Reaktors in Kalkar am Niederrhein. Die Verfassungshüter verdächtigten Traube der Nähe zur RAF-Terrorgruppe, da eine mit ihm befreundete Rechtsanwältin Kontakt zu RAF-Mitgliedern hatte. Die Vorwürfe erwiesen sich schnell als haltlos. Der Verdacht wurde entkräftet, Traube von Maihofer öffentlich rehabilitiert. Trotzdem war Traube 1976 von seinem Arbeitgeber, der Siemens-Tochter Interatom, gekündigt worden. Was wirklich dahinter steckte, ging ihm erst auf, als der Skandal publik wurde. Über seine Erfahrungen schrieb er später ein Buch. Titel: „Wir Bürger als Sicherheitsrisiko“. Traube hatte in Braunschweig Maschinenbau sowie romanische Philologie studiert und in München über Thermodynamik promoviert, dann arbeitete er gut 15 Jahre in der Atombranche, zeitweise auch in den USA. Zweifel am Kalkar-Projekt und generell an der Sicherheit vom Atomkraftwerken waren bei ihm schon während der letzten Jahre bei Interatom entstanden. Der Rauschmiss wirkte dann sozusagen wie ein Nachbrenner für seine Wandlung vom Kernkraft-Befürworter zu einem der schärfsten und klarssten Kritiker dieser Technologie. Bestätigt fühlen konnte sich Traube dann durch den Beinahe-GAU im US-AKW Harrisburg



**Klaus Traube
starb am
6. September**

1979 sowie durch die Tschernobyl-Katastrophe 1986. „Ich war derjenige, der die Belege für die (Atom-)Kritiker lieferte“, sagte er später über diese Zeit. In der Frühzeit der Anti-AKW-Bewegung hatte er, wie die FAZ schrieb, als Insider fast ein Informationsmonopol, was die technischen Probleme der Atomkraft anging. Dass 25 Jahre später mit Fukushima erneut ein Super-GAU geschah, und zwar ausgerechnet im Hightech-Land Japan, überraschte ihn nicht. „Auch in Deutschland hätte es schon mehrfach einen Super-GAU geben können“, meinte er – bei den diversen Zwischenfällen hätten nur noch wichtige Sicherheitssysteme ausfallen müssen. Nach der Abhöraffäre blieb Traube, der 1972 aus Sympathie für Willy Brandts Politik in die SPD

eingetreten war, dem Thema Energie zwar treu, aber auf völlig andere Art. Er wurde ein innovativer Umweltforscher, dessen Ziel es war, praktikable Alternativen zum zentralistisch geprägten Energiesystem zu entwickeln. Energieeffizienz spielte in seinem Konzept neben dem Ausbau der Öko-Energien die Hauptrolle. „Rationalisierung der Energienutzung ist auf Jahrzehnte die billigere Energiequelle“, lautete sein Leitsatz aus dem Buch „Billiger Atomstrom?“. Traube wurde Professor, forschte und lehrte in Kassel, Berlin sowie zuletzt in Bremen, wo er bis 1997 an der Universität das von ihm mitgegründeten Instituts für Kommunale Energiewirtschaft und Politik leitete. Auch nach seiner Emeritierung arbeitete er konsequent als Forscher und Publizist an seinem Lebensthema weiter. Ehrenamtlich betätigte Traube sich als energiepolitischer Sprecher des Umweltverbandes BUND, als Berater des Umwelt-Dachverbandes Deutscher Naturschutzring und als Vizepräsident des Bundesverbandes Kraft-Wärme-Kopplung. 2000 bekam er von einer Münchner Stiftung den „Nuclear Free Future Lifetime Achievement Award“ verliehen, 2009 dann das Bundesverdienstkreuz erster Klasse.

Freunde Traubes wie der Frankfurter Energieexperte Werner Neumann betonten, er habe seine vehemente Forderung, effizient und sparsam mit Energie umzugehen, nie als „Askese“ verstanden. Zitat Traube: „Auf was muss ich verzichten, wenn ich diesen unsinnigen Energieverbrauch weiterbetreibe? Die Qualität der Umwelt, die mit der enormen Energieverschwendung zerstört wird, ist ja sehr wichtig für das genussreiche, gute Leben.“

Klaus Traube ist am Sonntag, dem 6. September 2016 im Alter von 88 Jahren in seinem Haus in Oberursel bei Frankfurt/Main gestorben.

ASSE-Lauge nach Gorleben?

Pläne, Salzwasser aus der ASSE in die Elbe zu leiten

Gorleben Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat einen Antrag gestellt, vier Millionen Liter nicht kontaminiertes Salzwasser pro Jahr aus der havarierten Atommülldeponie ASSE per LKW nach Gorleben zu bringen und dort mittels einer existierenden Pipeline in die Elbe zu leiten. Die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg (BI) und die grüne Landtagsabgeordnete Miriam Staudte hatten sich sofort nach Bekanntwerden des BfS-Plans gegen das Vorhaben ausgesprochen. Zuletzt aber überraschte die BI mit der Idee, mit der Lauge das so genannte Erkundungsbergwerk in Gorleben zu fluten. **Jens Feuerriegel**, Redakteur bei der Elbe-Jeetzel-Zeitung, schrieb darüber am 27. Oktober.

Was im ersten Moment wie ein April-Scherz klingt, hat doch einen realen Hintergrund. Überraschend hat jetzt die Bürgerinitiative Umweltschutz (BI) Lüchow-Dannenberg vorgeschlagen, zwölf Kubikmeter Laugenzufluss, die täglich im gescheiterten Versuchsendlager Asse II bei Wolfenbüttel abgepumpt werden, um das Absaufen zu verhindern, doch nach Gorleben zu bringen: zur Flutung des dortigen Erkundungsbergwerks. „Vorausgesetzt, dass einwandfrei nachgewiesen wird, dass diese Lauge nicht kontaminiert ist“, schränkt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke ein. Anlass für den Vorschlag ist der Plan des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), radioaktiv unbelastetes Salzwasser aus der Asse in Gorleben in die Elbe einzuleiten.

Die BI greift damit auf einen Vorschlagskatalog des BfS von 2014 zurück, in dem 14 verschiedene Varianten des Rückbaus des Erkundungsbergwerks Gorleben erörtert werden. Dort hat das BfS unter Punkt 4.5 die Flutung des gesamten Grubengebäudes mit extern (!) beschaffter salinarer (!) Lösung betrachtet. Nach Abschluss der bisherigen Arbeiten, die darauf zielen, den Erkundungsbereich I im Bergwerk Gorleben zu räumen, kann nach den Vorstellungen der BI dieses Konzept jetzt

mit einem entsprechenden Hauptbetriebsplan greifen. Das BfS bestätigt diese Variante, stellt allerdings klar: Die Entscheidung für eine solche Variante sei eine politische und im Bundesumweltministerium angesiedelt.

Gegen den Plan des BfS hat sich jetzt auch die SPD-Bundestagsabgeordnete Hiltrud Lotze ausgesprochen: „Das Salzwasser aus dem Bergwerk Asse innerhalb des Biosphärenreservats Elbtalau in die Elbe zu leiten, ist ökologisch nicht verantwortbar. Dies ist auch den Menschen in der von jahrzehntelangen Atom-Auseinandersetzungen belasteten Region nicht zuzumuten.“ Das Wasser aus dem Bergwerk Asse sei zwar in keiner Weise radiologisch belastet, betont auch Lotze. Das Problem sei vielmehr die hohe Salzkonzentration des eingelagerten Wassers. Schon länger sei bekannt gewesen, dass das Maximum der Lagerungsmöglichkeiten der Asse-Lauge innerhalb des Bergwerks am Ende dieses Jahres erreicht sein werde. Und nur durch die Entnahme des Wassers könne die Schachanlage Asse auch in Zukunft sicher betrieben werden. Lotze: „Ich halte es daher für sinnvoll, alle Möglichkeiten zum Abschöpfen des Wassers in Erwägung zu ziehen, solange dabei Mensch und Umwelt nicht geschädigt werden.“



Wasser aus der ASSE könnte, bevor es dort auf radioaktives Material trifft, aufgefangen und via Gorleben in die Elbe geleitet werden. Bisher wurde die Lauge ins ehemalige Bergwerk „Maria Glück“ bei Celle gebracht. Doch nun sind die Stollen dort voll.

Rücktritt

Harms will so nicht mehr

Brüssel Wie Mitte Oktober bekannt wurde, gibt die Europaabgeordnete Rebecca Harms aus dem Wendland den Fraktionsvorsitz der Grünen im Europaparlament auf. Sie will sich als einfache Abgeordnete auf Osteuropa-Themen konzentrieren. **Angelika Blank** berichtet.



Künftig einfache Abgeordnete statt Chefin der Europa-Grünen: Rebecca Harms aus Dickfeitzten im Wendland

Wegen „Meinungsverschiedenheiten innerhalb der europäischen grünen Fraktion zu wichtigen Themen wie Flucht, Sicherheit oder den Beziehungen zu Russland“ gibt Rebecca Harms den Fraktionsvorsitz im Europäischen Parlament auf. Sie wolle sich in Zukunft auf die Osteuropa-Themen konzentrieren, heißt es zum Beispiel in der ZEIT.

Gegenüber dem Deutschlandfunk sagte Harms zu den Gründen für ihren Rücktritt: „Ich habe bilanziert, was ich in der Führungsposition machen kann und was ich als gewählte Abgeordnete machen kann. Und ich glaube, dass ich mit meiner grundsätzlichen Haltung dann als Abgeordnete und ohne diese permanente Aufgabe nach der Kompromissuche und Moderation mehr machen kann. Gerade auch für diese grundsätzliche Verteidigung des Erreichten in der Europäischen Union.“

Harms wurde von der Anti-Atomkraft-Bewegung politisch geprägt. 1977 war sie Mitbegründerin der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg. 1984 ging sie als Mitarbeiterin der Europaabgeordneten Undine von Blottnitz nach Brüssel.

Harms wird als Abgeordnete im Europäischen Parlament bleiben. Als ihre Nachfolgerin wird derzeit Ska Keller gehandelt. Im Dezember soll neu gewählt werden.



Elbe und Wendland bei Drethem

Die Ruhe vor dem Sturm

Ein SPIEGEL-Bericht von 1976 über den Landkreis Lüchow-Dannenberg

Wendland Wer das Ausmaß der gesellschaftlichen Veränderungen im Wendland in den letzten 40 Jahren verstehen will, sollte sich die Zeit vor der Standortbenennung Gorlebens vor Augen führen. Geisteshaltung und Wahlergebnisse waren stramm konservativ, die Region von Wegzug und Arbeitslosigkeit geprägt, der Landkreis an drei Seiten von der DDR umschlossen. Zwar lagen 1976 die Pläne für ein – später verhindertes – AKW in Langendorf schon auf dem Tisch, doch Gorleben und die wütenden Proteste dagegen, eine alternative Widerstands- und eine lebendige Kulturszene waren seinerzeit noch undenkbar. Zum Auftakt unserer Serie „40 Jahre '77“, mit der wir in allen Ausgaben des kommenden Jahres der Standortbenennung im Februar 1977 gedenken wollen, veröffentlichen wir einen Bericht des SPIEGEL vom 12. Juli 1976.

Der Artikel erschien 1976 unter dem Titel „Da geht es links und rechts nicht weiter“. Wir veröffentlichen ihn hier ungekürzt und mit der damals gültigen Rechtschreibung.

Wenn von den 620 Leuten, die es in der Stadt Schnackenburg an der Elbe noch hält, einer nach dem Doktor ruft und es nicht so schlimm ist, daß er mit Blaulicht gleich über Land ins Krankenhaus geschafft wird, dann muß er warten bis Dienstag oder Donnerstag.

An diesen beiden Tagen kommt regelmäßig mal der eine, mal der zweite Arzt aus Gartow die zehn Kilometer gefahren, um nach den Schnackenburgern zu sehen, von denen immerhin jeder dritte schon über 65 ist. Und wer wirklich nicht ganz auf dem Posten ist und Hustensaft oder Schmerztabletten braucht, muß sich, wenn der Arzt da war und nicht das Richtige bei sich hatte, noch einmal bis zum anderen Tag gedulden.

Denn erst fährt der Arzt nach Gartow zurück und gibt seine Rezepte dort in der Apotheke ab.

Der Apotheker packt die Medikamente in einen Holzkasten, den Holzkasten nimmt am nächsten Morgen der Busfahrer mit auf Tour und gibt ihn, wenn er in Schnackenburg hält, beim Kaufmann ab.

Schnackenburg liegt nicht im Hochgebirge, auch auf keiner Insel, sondern im niedersächsischen Landkreis Lüchow-Dannenberg und damit allerdings in auswegloser Lage, in „Sackgasenlage“, wie die Kreisverwaltung formuliert hat: Dieser östlichste Zipfel Niedersachsens ragt zwischen Mecklenburg und Altmark weit in die Deutsche Demokratische Republik hinein, und Schnackenburg, von wo an die Elbe als Trennungslinie dient, liegt wiederum im Zipfel am östlichsten, „da geht es links und rechts und geradeaus nicht weiter“, sagen die Einheimischen. Rund 200 Kilometer lang sind die Grenzen des Kreises, rund 140 Kilometer davon sind DDR-, fast die Hälfte davon wiederum Elbgrenze. Nur auf einer Breite von 40 Kilometer Luftlinie gibt es eine Öffnung nach Westen. Aber auch da ist erst mal nichts

als Wald und Lüneburger Heide, so daß der Landkreis „völlig auf sich selbst angewiesen ist“, wie Oberkreisdirektor Wilhelm Paasche, 63. sagt.

Das ist nicht selten auch jeder einzelne, der da wohnt. „In den abgelegenen Gebieten“, weiß Landwirtschaftsoberrat Heinrich Flügge und denkt dabei nicht nur an Schnackenburg, „ist eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung zuweilen schon nicht mehr gewährleistet.“ Und sein Chef Paasche hält es mittlerweile für gottgegeben: „Unser Dilemma ist es, daß wir zu weit weg sind. Wenn eine Großstadt in der Nähe wäre, ginge es ja noch.“

Von halbwegs großen Städten her wie Uelzen (42 Kilometer von Lüchow) oder Lüneburg (72 Kilometer) aber sind „keine mittelzentralen Funktionen möglich“ (Paasche) will heißen: Im eigenen Revier können die Lüchow-Dannengerer zwar ihren allgemeinen Bedarf decken, „das haben wir schon“, beschreibt Stadtdirektor Gerhard Hoffmann in Hitzacker die Lage, „aber wenn es etwas Besonderes sein

soll, dann müssen wir reisen". Am besten natürlich nach Hamburg oder Hannover, aber beide sind gleichermaßen rund 140 Kilometer entfernt und nur in zwei Stunden mit dem Wagen zu erreichen, mit der Bahn dauert es sogar drei oder vier, allemal „ein abenteuerliches Unternehmen“, wie Paasche einräumt, denn hinzu kommt noch: „Der öffentliche Nahverkehr fällt bei uns so gut wie flach.“ Eisenbahnfahren kann man nur von Dannenberg in Richtung Lüneburg, ganze 16 Kilometer auf Kreisgebiet, den Rest besorgen Bus und, schneller, Anhalter.

Um mehrere zehntausend Jahre länger als das übrige Niedersachsen ist das Wendland, wie die Gegend heißt, vom Eis bedeckt gewesen, und es scheint, als habe es den Rückstand noch immer nicht aufgeholt, „ein bemerkenswerter Sonderfall“, wie es in einer Studie der „Akademie für Raumforschung und Landesplanung“ heißt, „ein Gebiet in der Vereinsamung liegend, an dem die Entwicklung des industriellen Zeitalters fast spurlos vorübergegangen ist“.

Vom „Ostpreußen der Bundesrepublik“ ist in den Lüchower Amtsstuben gern die Rede, nur war Ostpreußen, verglichen mit diesem Landkreis, nahezu ein industrielles Ballungsgebiet. Zwar ist Lüchow-Dannenberg fast halb so groß wie das Saarland, hat aber kaum mehr Einwohner als Kühe: 50000, so viele leben in Linden und Limmer, zwei Stadtteilen von Hannover.

Nur 41 Menschen kommen auf den Quadratkilometer, das ist die niedrigste Quote zumindest in der Bundesrepublik, 67 immerhin waren es seinerzeit im auch schon menschenleeren Ostpreußen. Und so viel müssen es auch sein, wenn ein Landstrich existieren will: 60 bis 80 Einwohner je Quadratkilometer bilden erst jene „Minimaldichte“, die laut der Bremer „Gesellschaft für Landeskultur“ erforderlich ist „für eine ausreichende tägliche Versorgung“ der Bevölkerung.

Fast ein Drittel (30,3 Prozent) der Erwerbstätigen arbeitet in der Landwirtschaft, in manchen Or-

ten steigt diese Agrarquote auf 80. in Bischof, 43 Bewohner, gar auf hundert Prozent. Nur 57 von jeweils tausend Einwohnern haben einen Arbeitsplatz in der Industrie – was Industrie so heißt dort: In Lüchow gibt es eine Kugellagerfabrik, in Dannenberg ein Conti-Zweigwerk, der Rest hat die Größe der Hosenmanufaktur in Schnackenburg, wo 13 Frauen nähen.

Kein einziger ordentlicher Fabrikschornstein qualmt im Kreis, nicht ein Hochhaus ist gebaut, keine Unterführung irgendwo gebaggert worden, nirgends regeln Ampelanlagen den Verkehr, obschon rund 14000 Pkw über die Chausseen fahren, Kennzeichen: DAN, die armen Nachbarn, wie im Nachbarkreis Uelzen buchstabiert wird.

Oder die alten. Nahezu zehntausend Lüchow-Dannensberger (17,9 Prozent) stehen im Rentenalter und sind 65 oder darüber, das Geburtendefizit verschlimmert sich von Jahr zu Jahr, in Metzingen (722 Einwohner) kamen letzthin binnen zwölf Monaten ein Mädchen und ein Knabe zur Welt, in Hitzacker leben soviel 65- wie 21jährige, und es gibt mehr Frauen im Alter von 82 als Mädchen von fünf, in Katemin zählt die weibliche Bevölkerung soviel 102- wie Einjährige: jeweils eine.

Und die Alten werden immer mehr, die Jungen ständig weniger. Die Entwicklung, die nach Meinung des Oberkreisdirektors „kaum irgendwo ihresgleichen haben dürfte“, beruht darauf, daß die jungen Leute, sobald sie mit der Schule fertig sind, in Scharen davonlaufen. „Wir kämpfen darum“, sagt Paasche, „die Bevölkerung zu erhalten, aber der größte Teil der Jugend wandert ab.“

Viele, weil es daheim an Arbeitsplätzen fehlt, pendeln zwar über die Kreisgrenze, manche sogar täglich bis nach Hamburg, wo es Jobs im Hafen gibt, aber die meisten packen ihre Sachen und kommen nie wieder. So passiert es, daß die Jugend-Fechter des TSV Hitzacker regelmäßig erste Plätze belegen, bei den Herren aber bekommt der Verein nicht

Ein Gebiet, in der Vereinsamung liegend, an dem die Entwicklung des industriellen Zeitalters fast spurlos vorübergegangen ist

aus einer Studie der Akademie für Raumforschung und Landesplanung



einmal eine komplette Mannschaft zusammen, „weil die weg sind eines Tages“, so Stadtdirektor Hoffmann. dessen drei Kinder auch schon über alle Berge sind und nur noch zur Erholung nach Hause kommen. Immerhin: Wer weggeht, wird nicht arbeitslos, und wer bleibt, findet einstweilen noch immer eine Lehrstelle, „davon gibt's genug“, behauptet Wilhelm Paasche, freilich vor allem im Handwerk und bei kleinen Kaufleuten. Mit 8,7 Prozent war die Arbeitslosigkeit im Frühjahr zwar höher als in den Nachbarbezirken, aber noch gerade erträglich. Und es hatte schon böser ausgesehen: 1950, als durch Evakuierte und Flüchtlinge die Einwohnerzahl um 50 Prozent auf 75000 kletterte, waren fast 26 Prozent arbeitslos gewesen, da hatte „das Elend größte Ausmaße angenommen“. wie eine Denkschrift aus jenen Tagen versichert.

Das Elend, das bis heute nachwirkt, war eine Folge des Krieges und der Grenze. die er durch Deutschland zog. Aus der Mitte des Reiches rutschte das Elbedreieck an den Rand der Republik, abgeschnitten von allen Verbindungen. die es bis dahin so eben am Leben erhalten hatten. Nicht nur Äcker und Weiden, Freunde und Verwandte waren plötzlich unerreichbar „drüben“, zertrennt waren auch wirtschaftliche Funktionen, verloren Salzwedel und Wittenberge, Städte, in denen man gearbeitet, gekauft, in den Schulen gelernt hatte.

Einst hatte Berlin vor der Tür gelegen, alle Bahnen und Straßen „waren nach dort ausgerichtet“ gewesen, wie der Oberkreisdirektor noch weiß, die Dömitzer Elbbrücken, zerstört im April 1945, hatten geradewegs in die Reichshauptstadt und nach Mecklenburg und Brandenburg geführt. Nun muß, wer zum Onkel gegenüber nach Lenzen will, das mit bloßem Auge zu sehen ist, hin und zurück 330 Kilometer fahren, und „das stinkt einem“, sagt ein Schnackenburg. Alle Förderungsmittel, die es für den „Zonenrand“ gab, haben an der Mi-

sere nicht viel zu ändern vermocht. Freilich konnte damit etwa ein Hallenbad in Lüchow gebaut werden, aber die laufenden Kosten zehren nun an der Stadtkasse, und fast überall im Kreisgebiet weisen die kommunalen Haushaltspläne wachsende Ausgaben bei sinkenden Steuereinnahmen aus. Da müssen die Ratsherren von Schmarsau, das zur Samtgemeinde Lüchow gehört, schon darauf bestehen, nun den Bürgersteig ausgebaut zu bekommen, nachdem das Geld zuletzt nur für eine Straßenlampe gereicht hatte.

Freilich, ein Eldorado war der Landzipfel auch früher nie gewesen. Wo einst die Wenden wohnten, wo Dörfer danach Predöhl, Kriwitz, Kukate, Leute noch Bau-seneick, Glabatz, Klauke und Karminecke heißen, denen die Chronik nachsagt, daß „Fressen und Sauffen ihr erstes, ihr letztes, ihr allerbestes“ sei, bleiben die Bewohner „im Schatten wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Entfaltung“ stehen, wie der Dannenberger Oberstudienrat Berndt Wachter vermerkte.

Man war welfisch und erzkonservativ und wählte erst die Deutsch-Hannoversche, dann die Nationalsozialistische Partei: Bis 1933 gab es für Hitler hier stets zwanzig Prozent mehr Stimmen als im Reichsdurchschnitt, „eine demokratische Gesinnung“, so Wachter, „hatte sich nicht festsetzen können“. Heute liegt die CDU vorn, mit 59,5 Prozent bei der letzten Landtagswahl.

Daß der junge Graf Andreas aus der Familie derer von Bernstorff, die viel Wald und Feld ihr eigen nennt, so einfach und ohne Trompetenschall in Gartow das Schützenfest visitiert, kommt Gerhard Dieckmann, Bauer und Stadtdirektor in Schnackenburg, denn doch reichlich revolutionär vor, tritt der Herr Graf doch „wie ein richtiger Mensch“ unter das Volk, „man kann ihn kaum unterscheiden“.

Aber wo sonst als beim Schützenfest sollte man den Grafen, sollte man sich treffen, es ist, wie Bauer Dieckmann sagt, „der einzige Zusammenhalt, den wir



Der Artikel erschien ursprünglich im SPIEGEL, Heft 29/1976

hier haben“. So erklärt sich, daß der Landkreis nicht weniger als 49 Schützenvereine zählt und einen Erntefestverein, was ziemlich dasselbe ist. „Viel Aufwand und Engagement“, bestätigen Kreisbeamte, wird da investiert, Trost für die Tristen.

In Schnackenburg, das laut „Bild“-Zeitung „nur Gott noch nicht vergessen“ hat, geht es trotz – oder wegen? – aller Verlassenheit das ganze Jahr über rund, mal bei den Sängern, mal beim Posaunenchor, dann bei den Anglern und bei den Schützen, schließlich bei den Schiffern und im Sparklub beim Tütenball. Monika Witte, die am Ort das Café betreibt, erklärt den Selbsterhaltungstrieb: „Wir lassen uns nicht unterhalten, wir unterhalten uns selber.“

Das mag, für ein paar Stunden die Woche, ein paar Nächte im Jahr, die Misere vergessen lassen, an der auch sie teilhat: Ihren Sohn hat sie auf die Realschule zurückstufen müssen, weil der Besuch des Gymnasiums in Lüchow ihn „körperlich und seelisch kaputtgemacht“ hat, um 6.15 Uhr morgens hatte der Zehnjährige mit dem Bus losfahren müssen und kam immer erst nachmittags nach Hause zurück. Und an der Misere wird sich weder in Schnackenburg noch sonstwo im Landkreis so bald etwas ändern. Für die „Angleichung an moderne Wirtschaftsbelange“ prophezeien Planer einen „Anpassungsspielraum von einem halben Jahrhundert“, das offenkundig aber noch gar nicht begonnen hat. In den vergangenen fünf Jahren sind 6,7 Millionen Mark Investitionszuschüsse, 17 Millionen Mark Darlehen, 20 Millionen Mark kommunale Finanzhilfe und 15 Millionen Mark für soziale und kulturelle Vorhaben nach Lüchow-Dannenberg gezahlt worden. Aber zur Wende im Wendland hat es nicht gelangt.

Rezession als Dauerzustand: Nach wie vor verlassen mehr Menschen den Kreis (1974: minus 341) als hinzukommen, liegt das Bruttoinlandsprodukt (1972) mit 9090 Mark je Einwohner unter Niveau. in Hitzacker regist-

riert die Verwaltung: „Die Gewerbesteuer stagniert seit zehn Jahren.“ Betonwerk und Sackfabrik haben Konkurs gemacht. und „kein Ersatz ist in Sicht“.

Mit mehr als vier Millionen Mark ist der Ausbau eines künstlichen Sees in Gartow gefördert worden, auch die wendländische Volkstanz- und Trachtengruppe in Lüchow hat Geld gekriegt. Doch zugleich ist im Jahresheft des Heimatkundlichen Arbeitskreises von „sterbenden Gemeinden“ die Rede, von Redemoiße etwa, wo es bei der letzten Zählung niemanden mehr unter 15 gab, aber fast vierzig Prozent lebten von Rente, Pension oder Arbeitslosenunterstützung – „soziale Erosion“, wie es in einer Denkschrift heißt.

Binnen zehn Jahren verloren manche Dörfer die Hälfte ihrer Bewohner und mehr. In Schnackenburg werden laut Stadtverwaltung noch immer „pro Jahr zwei, drei Häuser frei“, und da auch die Landwirtschaft schrumpft – allenfalls ein Drittel der Betriebe gilt als entwicklungsfähig –, wird sich der Bevölkerungsschwund noch beschleunigen, solange andere Arbeitsplätze fehlen.

Da hilft es wenig, daß, wie Oberkreisdirektor Paasche sagt, „wir auch bei der Zerstörung der Landschaft stark rückständig sind“, daß „noch viel heile Welt“ vorhanden ist, „wundersame Kräfte der Natur“ noch unvermindert wirken. Durch die Kiefernwälder wechseln da die kapitalsten Hirsche, Seeadler kreisen noch, Schwäne streichen in Schwärmen über die Elbe, sogar Kraniche nisten an den Ufern und Störche in allen Dörfern. Trotz Fauna floriert es nicht. Die „Oase an der Elbe“, mit der Schnackenburg wirbt, ist wirklich von dem „eigenartigen Charme“, den die Prospekte preisen, gut geeignet als Nationalpark, aber der ist man ja nicht. Man ist, nach Definition der Planer, „eine eigene Arbeitsmarktre-gion“, abgeschnitten von den großen anderen, und das bleibt so. Wo nur 41 Menschen pro Quadratkilometer leben und entsprechend wenig erwirtschaf-



ten können, ist auch das Angebot an Dienstleistungen zwangsläufig bescheiden: Dienstleistungen benötigen eine Mindestzahl von Benutzern, um existieren zu können, und so liegt denn nicht nur der öffentliche Verkehr brach, auch Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Müllabfuhr sind, so die Verwaltung, „in schwieriger Lage“. Nur 58 Prozent der Bewohner sind zentral mit Wasser beliefert, nur 44 Prozent an eine Kanalisation angeschlossen.

Zwar ziehen mehr und mehr Menschen zu, Städter vor allem aus Hamburg und Berlin, die das Wanderungsdefizit in Grenzen halten. Das mag auch „bes-

ser als gar nichts“ sein, wie Paasche findet, aber die da kommen, ändern an der Lage nichts, allenfalls: „Manches Haus, das sonst verfallen würde, bleibt so Gott sei Dank erhalten“ (Paasche).

Für 25 bis 35 Mark ist der Quadratmeter in Hitzacker, für zehn Mark noch in Lüchow zu haben, Katen und Bauernhäuser sind ab 39000 Mark angeboten, „Eiche-Stein-Fachwerkhäuser mit großem Dielentor“, so ein Inserat in der „Elbe-Jeetzel-Zeitung“, kosten, „am Bach gelegen“ und mit 1500 Quadratmeter Grundstück, auch nur 65000.

Die sich darin einrichten, profitieren von der Powerteh, jedenfalls haben sie nichts mit ihr zu tun oder teilen sie, aus welchem Antrieb auch immer, mit Absicht: Ruheständler, von denen mittlerweile 700 ihr Refugium in und um Hitzacker gefunden haben, der Gemeinde aber kein Geld einbringen, Künstler, Journalisten und ähnliche Intellektuelle, die sich an guter Luft und klarem Wasser weiden.

Kai Hermann, Reporter aus Hamburg, den es hintern Deich nach Landsatz getrieben hat, machte es eben nichts aus, daß an seinem Glas Apfelsaft die Fliegen kleben. Er hat in dem öd-malerischen Flecken „mehr Kontakte und intensivere als in der Stadt“ gefunden, beim Fußball gegen die Dorf-Feuerwehr oder in der einzigen Kneipe dort, wo – mag sein: weil – es nicht ortsüblich Aal, sondern schick Piz-za gibt. Und er will, ein Gartenbuch in der Hand, wohl „nie mehr weg“. Auch der Rixdorfer

Bevor der Begriff „Demografischer Wandel“ erfunden wurde: Überalterung der Bevölkerung trieb die Politik im Wendland schon immer um.

Maler Uwe Bremer bleibt in einem sogenannten Schloß am kleinen Gümser See und die Berliner Journalistin Sophie von Behr samt Sohn zu Breese in der Marsch in einem Bauernhaus, das knapp halb bewohnbar ist. „Was zuwandert“, kennzeichnet der Schnackenburg Stadt-direktor Dieckmann die Situation, „sind Rentner, was abwandert, sind junge Leute.“ Für ihn, so hört man es quer durch den Landkreis, ist deshalb „Fremdenverkehr die einzige Alternative, die dieser Raum überhaupt hat“.

Doch bislang hat der Fremdenverkehr nicht einmal im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe neue Arbeitsplätze erbracht, und Kalkulationen besagen, daß die Branche nur gedeihen kann, wenn die Ansässigen garantieren, was „Mindestauslastung“ genannt wird. Darauf ist, bei 50000 Leuten im ganzen Kreisgebiet, nicht recht zu hoffen. Hinzu kommt: „Fremdenverkehr ist immer nur ein Bein“, wie Stadtdirektor Hoffmann in Hitzacker weiß. Das zweite, industrielle, das dem Landkreis sozusagen ins Haus steht, taugt wohl auch nur zum Humpeln: Bei Langendorf an der Elbe will die Preußenelektra ein Atomkraftwerk hochziehen, das Raumordnungsverfahren läuft schon.

Das unheimliche Ding brächte zwar 200 Arbeitsplätze sowie eine Million Gewerbesteuer pro Jahr und würde der Vorstellung von Oberkreisdirektor Paasche gerecht, „daß wir unseren Teil tun sollten für die Energieversorgung der Bundesrepublik“. Aber ob es, wenn die Kühltürme erst dampfen, die Kraniche und die Künstler noch in ihren Nestern hält, ist zu bezweifeln.

Besser, die geplante Autobahn Hamburg-Berlin würde durch Lüchow-Dannenberg gelegt. „Das wäre“, träumt man in Hitzacker, „eine enorme Sache. eine Belebung dieses toten Raums.“

Wie tot auch immer: „Von Hause aus“, versucht Wilhelm Paasche zu lächeln, „sind wir hier sehr lebenslustig, das schreiben Sie mal.“

Bitte, vielleicht hilft's weiter.

Trotz Neubaugebieten: In den Siebzigerjahren waren die Straßen in Lüchow-Dannenberg oft menschenleer.





Sozialisierung im Wendland

Portrait Clara Tempel war happy, als sie mit zwölf Jahren „endlich das erste Mal bei einer Castorblockade“ dabei sein durfte. All die Jahre davor hatte sie die Planung der Eltern, Katja Tempel und Jochen Stay, vor den Castortransporten mitverfolgt – nur um dann in der heißen Phase doch zur Oma geschickt zu werden. An der Hand der Eltern war sie immer schon auf Anti-Atom-Demonstrationen dabei gewesen, zu kaum gefährlichen Demos durfte sie schon als kleines Kind mitkommen, aber der erste Castortransport war natürlich eine ganz andere Nummer:

Clara übernachtete auf der Straße vor dem Zwischenlager. Natürlich war sie aufgeregt. Natürlich hatte sie ihre eigene Bezugsgruppe, und natürlich hatten Ihre Eltern sie auf ihren ersten Kontakt mit der Staatsgewalt vorbereitet. So wiederholte Clara in Gedanken mantraähnlich Sätze wie: „Lassen Sie mich gehen, ich bin minderjährig!“ Sie erlebte dann tatsächlich ihre erste Räumung, aber die Polizei ging freundlich mit den Protestierenden um, so sind Clares Erinnerung an ihre erste Castorblockade durchweg sehr positiv. Seit jenen Tagen ist Clara, mitt-

Clara Tempel ist erst 20 und hat doch schon viel Aktionserfahrung. So ist das, wenn man im Wendland aufwächst. Anja Meyer stellt die Studentin vor

lerweile 20 Jahre, nicht mehr ohne politische Protestaktionen zu denken. Sie hat viele Ideen, große Freude am Aktivsein und den Mut, etwas zu bewegen. Sie organisierte weitere Blockaden vor dem Zwischenlager in Gorleben und gründete sogar eine eigene Politgruppe. JunepA, ein „Jugendnetzwerk für politische Aktionen“, ist seit drei Jahren bundesweit aktiv und funktioniert ohne feste Mitgliedschaft. Es sind meist um die 20 junge Erwachsene, die den Kern dieses Netzwerks ausmachen und Aktionen des zivilen Ungehorsams planen, durchführen und verantworten. Die Gruppe kämpft für eine faire, soziale und ökologische Gesellschaft.

Gerade erst stand Clara vor Gericht, weil sie 2015 mit zehn weiteren JunepA-Aktivist/-innen die Einfahrt der Brennelementefabrik in Lingen blockiert hatte. Ihr wurde die Versammlungsleitung angedichtet und in Lingen ein Gerichtsprozess gemacht. Zum Gerichtstermin erschienen mehr Unterstützerinnen für Clara als das Gerichtsgebäude Platz hatte. Die Klage musste aus Mangel an Beweisen eingestellt werden, und Clara holte am Ende, als ihr vom Gerichtsvorsitz das Wort erteilt wurde, ihre Gitarre raus und sang ein eigens hierfür gedichtetes Lied. Sie ist weder mut- noch sprachlos, auch dann nicht, wenn ihr der Prozess gemacht wird.

Clara ist in engagierten Kreisen aufgewachsen: Die gebürtige Jeetzelerin besuchte die Freie Schule in Hitzacker, zusammen mit ihren Mitschülerinnen hat sie vor den verschiedenen Castortransporten gebastelt und das Schulgebäude geschmückt, denn Lokführer und Begleitpersonal der Castortransporte sollten von den Gleisen aus die Kürbiss-Xe und Wendlandsonnen sehen können. Nach dem Abitur ist sie nach Lüneburg gezogen und hat ein freiwilliges ökologisches Jahr im Jugendumweltbüro „Janun“ absolviert, viel gelernt und ein noch größeres Netzwerk geknüpft. Und jetzt, ganz frisch im Oktober, hat sie ihr Studium in Lüneburg begonnen. Der Schwerpunkt dabei: natürlich Politik und Kultur.



Das Zwischenlager (Transportbehälterlager Gorleben, TBL) wird von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) betrieben, die zu 98 Prozent den vier großen Energiekonzernen gehört. Es befindet sich nordwestlich der Straße von Gorleben nach Gedelitz und beherbergt:

- Das **Fasslager** zur Lagerung von schwach und mittel aktivem Müll. Die Nutzung begann 1984. „Blähfässer“ aufgrund von Gasentwicklung in den Gebinden und der „Transnuklearskandal“ machten das Fasslager bundesweit bekannt. Trotz Stopps der Castortransporte werden heute noch mehrmals im Jahr frische Gebinde angeliefert.
- Die oberirdische **Castorhalle** hat Platz für 420 Behälter. Bislang lagern dort schon 113 Castoren mit hoch radioaktivem Müll. Die Behälter stehen aufrecht und werden elektronisch überwacht. Kühlung erfolgt durch Umgebungsluft, die nach außen abgeführt wird. Gegen Angriffe ist die Halle nicht ausreichend gesichert. Zurzeit sind die Castortransporte ausgesetzt.
- In der **Pilotkonditionierungsanlage** (PKA) soll getestet werden, wie hoch radioaktiver Müll endlagerfähig verpackt werden kann, denn die Castoren sind zu schwer und groß, um sie unter Tage zu bringen. Auch schadhafte Behälter könnten in der PKA repariert werden. Bislang ist die PKA noch nie benutzt worden und darum nicht kontaminiert. Die Technik der PKA gilt inzwischen als veraltet.

Südöstlich der Straße betreibt die Deutsche Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) das so genannte Erkundungsbergwerk.

- Das **Bergwerk** wurde größer aufgefahen, als für die Erkundung nötig. Kritiker befürchten, dass das Endlager fast fertig gebaut ist. Derzeit ruht die Erkundung wegen des angeblichen „Neuanfangs“ bei der Endlagersuche. Ein Rückbau der martialischen Sicherung ist angekündigt. Es befindet sich kein Atom Müll im Bergwerk!



Auch Widerständler/-innen müssen Geld verdienen! Überdurchschnittlich häufig tun sie das nicht als Angestellte, sondern gehen einer selbstständigen Tätigkeit nach. Und nicht selten vermischen sich beide Welten, weil sowohl der eigene Betrieb als auch das Engagement gegen Gorleben und andere Atomanlagen Berufung und Lebensaufgabe geworden sind. Häufig ist es für die Betroffenen gar nicht mehr möglich, den Schwerpunkt ihres Tuns auszumachen. Was also liegt näher, als diese Verquickung auch im jeweiligen Firmenlogo zu dokumentieren? Wir haben uns auf Spurensuche im Wend-

land begeben und sind an zahlreichen Orten fündig geworden: bei zahlreichen Bioprodukten und regionalen Lebensmitteln, bei pfiffigen Marketing-Ideen, aber auch bei Dienstleistern und Handwerksbetrieben. Ganz klarer Trend: Die Wendlandsonne wird sehr gern als Logo genutzt, dicht gefolgt vom großen Castor-X.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de

Anzeige

Wenig festlich? Dafür flauschig!

Pullis, T-Shirts und Taschen
öko und fair in diversen Farben

Bücher, Fahnen, Aufkleber und mehr
Schaut mal vorbei

Wir wünschen faire Weihnachten

Erhältlich im BI-Büro, Rosenstraße 20, Lüchow (Mo - Fr von 9 - 16 Uhr, Di und Do bis 18 Uhr)
oder online: www.bi-luechow-dannenberg.de, Menüpunkt „Material“

Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name..... Vorname.....
Straße..... Hausnummer.....
PLZ, Ort..... E-Mail.....
Datum..... Unterschrift.....

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (6 x im Jahr) und weiteres Informationsmaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber..... Name der Bank.....

BIC..... IBAN.....

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg, Rosenstraße 20, 29439 Lüchow

www.bi-luechow-dannenberg.de

